

Die Staats- und Regierungschefs der Welt müssen gemeinsam gegen Covid-19 vorgehen

von Joseph E. Stiglitz*

Joseph E. Stiglitz
(Bild books.cropped.web)

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die öffentliche Gesundheit und die Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern werden gerade erst deutlich, aber es ist bereits jetzt klar, dass die Folgen verheerend sein werden. Wenn die internationale Gemeinschaft eine Welle von Zahlungsausfällen vermeiden will, muss sie unverzüglich mit der Entwicklung eines Rettungsplans beginnen.

Bei seiner Ausbreitung von einem Land zum anderen schenkte das neuartige Corona-Virus den nationalen Grenzen oder «grossen, schönen» Grenzmauern keine Beachtung. Auch die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Auswirkungen blieben nicht begrenzt. Wie von Anfang an ersichtlich war, ist die Covid-19-Pandemie ein weltweites Problem, das eine weltweite Lösung erfordert.

* Joseph Eugene Stiglitz (*9. Februar 1943 in Gary, Indiana) ist ein US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Professor an der Columbia University sowie an den französischen Elitehochschulen *École polytechnique und Sciences Po Paris*. Er war von 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank und von 2011 bis 2014 Präsident der *International Economic Association*. Stiglitz erhielt 2001 für seine Arbeiten über das Verhältnis von Information und Märkten zusammen mit *George A. Akerlof und Michael Spence* den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften. Er hat zahlreiche Bücher, die auch in deutscher Sprache erschienen sind, veröffentlicht, darunter *Die Schatten der Globalisierung*, Siedler, Berlin 2002, *Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts*, Pantheon, München 2008, *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*, Siedler, München 2012, *Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft*, Siedler, München 2015

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Welt sollte Mitgefühl eine ausreichende Motivation sein, um eine multilaterale Vorgehensweise zu unterstützen. Aber weltweites Handeln ist auch eine Frage des Eigeninteresses. Solange die Pandemie noch an irgendeinem Ort wütet, wird sie überall eine – sowohl epidemiologische als auch wirtschaftliche – Bedrohung darstellen.

Die Auswirkungen von Covid-19 auf die Entwicklungs- und Schwellenländer haben sich erst ansatzweise gezeigt. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass diese Länder von der Pandemie weitaus stärker betroffen sein werden, als dies in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Fall war. Schliesslich leben die Menschen in Ländern mit niedrigerem Einkommen in der Regel in grösserer Nähe zueinander. Ein höherer Anteil der Bevölkerung leidet unter bereits bestehenden Gesundheitsproblemen, die sie anfälliger für die Krankheit machen. Und die Gesundheitssysteme dieser Länder sind noch weniger auf die Bewältigung einer Epidemie vorbereitet als die der fortgeschrittenen Volkswirtschaften (die selten reibungslos funktioniert haben).

Ein Bericht von der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 30. März 2020 gibt einen ersten Einblick in das, was auf die Schwellen- und Entwicklungsländer zukommt. Die erfolgreichsten von ihnen sind auf exportorientiertes Wachstum angewiesen, das nun mit dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft kollabieren wird. Es überrascht nicht, dass die weltweiten Investitionsströme ebenso wie die Rohstoffpreise einbrechen, was darauf hindeutet, dass die Exporteure natürlicher Ressourcen einen harten Weg vor sich haben.

Diese Entwicklungen spiegeln sich bereits in den Renditeunterschieden der Staatsschulden von Entwicklungsländern wider. Für viele Regierungen wird es ausserordentlich schwierig sein, die in diesem Jahr fälligen Schulden, wenn überhaupt, zu vernünftigen Bedingungen zu verlängern.

Darüber hinaus haben die Entwicklungsländer weniger und schlechtere Möglichkeiten, wie sie der Pandemie begegnen können. Wenn die Menschen in Ermangelung eines angemessenen sozialen Schutzes von der Hand in den Mund leben, dann könnte ein Einkommensverlust den Hungertod bedeuten. Ausserdem können diese Länder die Massnahmen der USA nicht nachmachen, die (bisher) ein Wirtschaftspaket in Höhe von 2 Billionen Dollar umfassen, das das Haushaltsdefizit um etwa 10% des BIP in die Höhe treibt (zusätzlich zu einem Defizit von 5% vor der Pandemie).

Im Anschluss an einen virtuellen Notfallgipfel am 26. März 2020 gaben die Staats- und Regierungschefs der G20 ein Kommuniqué heraus, in dem sie sich verpflichteten, «alles zu tun, was nötig ist, und alle verfügbaren politischen Instrumente zu nutzen, um den wirtschaftlichen und sozialen Schaden der Pandemie zu minimieren, das globale Wachstum wiederherzustellen, die Stabilität der Märkte zu erhalten und die Widerstandsfähigkeit zu stärken». Zu diesem Zweck können mindestens zwei Dinge gegen die schlimme Lage in den Schwellen- und Entwicklungsländern unternommen werden.

Erstens müssen die Sonderziehungsrechte (SZR) des Internationalen Währungsfonds voll genutzt werden, eine Form des «globalen Geldes», zu dessen Schaffung die Institution bei ihrer Gründung ermächtigt wurde. Die SZR sind ein wesentlicher Bestandteil der internationalen Währungsordnung, die *John Maynard Keynes* während der Konferenz von Bretton Woods 1944 empfohlen hat. Die Idee ist, dass die internationale Gemeinschaft, da alle Länder offensichtlich ihre eigenen Bürger und Volkswirtschaften in Krisenzeiten schützen wollen, über ein Instrument verfügen sollte, um den bedürftigsten Ländern zu helfen, ohne dass die nationalen Haushalte in Mitleidenschaft gezogen werden müssen.

Eine standardisierte SZR-Ausgabe – bei der rund 40% der SZR an Entwicklungs- und Schwellenländer gingen – würde einen

gewaltigen Beitrag leisten. Noch besser wäre es jedoch, wenn fortgeschrittene Volkswirtschaften wie die Vereinigten Staaten ihre SZR an einen Treuhandfonds zur Unterstützung ärmerer Länder spenden oder (zu Vorzugsbedingungen) ausleihen würden. Man könnte erwarten, dass die Länder, die diese Hilfe leisten, Auflagen machen, insbesondere, dass das Geld nicht zur Entschädigung von Gläubigern verwendet wird.

Es ist auch von entscheidender Bedeutung, dass die Gläubigerländer helfen, indem sie einen Aufschub des Schuldendienstes von Entwicklungs- und Schwellenländern versprechen. Um zu verstehen, warum dies so wichtig ist, betrachte man die US-Wirtschaft. Im vergangenen Monat kündigte das US-Ministerium für Wohnungswesen und Stadtentwicklung an, dass es für 60 Tage keine Zwangsvollstreckungen für bundesversicherte Hypotheken geben werde. Im wesentlichen ist diese Politik Teil eines umfassenderen «Aufschubs» für die gesamte US-Wirtschaft als Antwort auf die Covid-19-Krise. Die Arbeitnehmer bleiben zu Hause, die Restaurants bleiben geschlossen, und die Fluggesellschaften sind fast alle geschlossen. Warum sollte es Gläubigern erlaubt sein, weiterhin hohe Renditen zu erwirtschaften, insbesondere, wenn die von ihnen verlangten Zinssätze bereits ein ausreichendes Risikopolster geschaffen haben sollten? Wenn die Gläubiger einen solchen Aufschub nicht gewähren, werden viele Schuldner aus der Krise mit mehr Schulden hervorgehen, als sie zurückzahlen können.

Solche Aufschübe sind international genauso wichtig wie im Inland. Unter den gegenwärtigen Bedingungen können viele Länder ihre Schulden einfach nicht bedienen, was ohne einen globalen Tilgungsaufschub zu massiven, fortlaufenden Zahlungsausfällen führen könnte. In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern bleibt der Regierung nur die Wahl, entweder mehr Einkommen an ausländische Gläubiger abzuführen oder zuzulassen, dass mehr ihrer Bürger sterben. Letzteres ist für die meisten Länder selbstverständlich inakzeptabel, so dass die wirkliche Wahl für die internationale Gemeinschaft also zwischen einem geordneten oder einem ungeordneten Aufschub besteht, wobei das letztere Szenario unweigerlich zu schweren Turbulenzen und weitreichenden Kosten für die Weltwirtschaft führt.

Natürlich wäre es noch besser, wenn wir einen institutionalisierten Mechanismus zur Umschuldung von Staatsschulden hätten. Die internationale Gemeinschaft versuchte, dies 2015 zu erreichen, als die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit überwältigender Unterstützung eine Reihe gemeinsamer Grundsätze verabschiedete. Leider fehlte es diesem Rahmen an der notwendigen Zustimmung der wichtigsten Gläubigerländer. Es ist wahrscheinlich zu spät, ein solches System jetzt für die aktuelle Krise zu etablieren. Aber es wird unweigerlich noch weitere Krisen geben. Das bedeutet, dass die Umschuldung von Staatsschulden ganz oben auf der Tagesordnung für die Zeit nach der Pandemie stehen sollte.

Um es mit *John Donnes* unsterblichen Worten zu sagen: «Kein Mensch ist eine Insel ...» Auch kein Land ist es – wie die Covid-19-Krise mehr als deutlich gemacht hat. Wenn die internationale Gemeinschaft nur ihren Kopf aus dem Sand holen würde. •

Quelle: *World leaders must unite in tackling COVID-19*, says Joseph Stiglitz; World Economic Forum, Switzerland, 8.4.2020

(Übersetzung Zeit-Fragen)

UNCTAD fordert umfassendes Hilfsprogramm für Entwicklungsländer

Am 30. März 2020 legte die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) ihren Bericht vor: «The Covid-19 Shock to Developing Countries: Towards a «whatever it takes» programme for the two-thirds of the world's population being left behind» (Der Covid-19-Schock für Entwicklungsländer: Auf dem Weg zu einem «Kostes, was es wolle»-Programm für die zwei Drittel der Weltbevölkerung, die auf der Strecke bleiben). In der Pressemitteilung dazu heisst es: «Da zwei Drittel der Weltbevölkerung in Entwicklungsländern (mit Ausnahme Chinas) leben, die durch die Covid-19-Krise einen beispiellosen wirtschaftlichen Schaden erlitten haben, fordert die Uno ein Paket von 2,5 Billionen US-Dollar für diese Länder, um die Bekundung internationaler Solidarität in sinnvolle globale Massnahmen umzusetzen.»

Die Höhe des Betrags entspricht dem Betrag, der den Entwicklungsländern im letzten Jahrzehnt zur Verfügung gestellt worden wäre, wenn die Länder im Entwicklungshilfesausschuss der *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* ihr ODA-Ziel (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) von 0,7% ihres Bruttoinlandproduktes BIP erreicht hätten (d.h., wenn sie ihre versprochenen Beiträge gezahlt hätten).

Wie es in dem Bericht heisst, haben die Entwicklungsländer in den zwei Monaten seit Beginn der Ausbreitung des Virus über China hinaus einen enormen Schaden in

Form von Kapitalabflüssen, wachsenden Anleihaufschlägen, Währungsabwertungen und entgangenen Exporterlösen erlitten, unter anderem durch sinkende Rohstoffpreise und rückläufige Einnahmen aus dem Tourismus. Laut Bericht gehen die Schäden weit über die Auswirkungen der Weltfinanzkrise von 2008 hinaus. So seien z.B. die Rohstoffpreise, von denen viele Entwicklungsländer für ihre Devisen stark abhängig sind, seit Beginn der Krise rapide gefallen. Der Preisrückgang betrug in diesem Jahr demnach insgesamt 37%.

Die UNCTAD schlägt angesichts der sich abzeichnenden verheerenden Auswirkungen der Krise eine Vier-Säulen-Strategie vor, «mit der begonnen werden könnte, Bekundungen internationaler Solidarität in konkrete Massnahmen umzusetzen.»

Vier-Säulen-Strategie

1. Eine Liquiditätsspritze in Höhe von 1 Billion US-Dollar; eine Art Helikoptergeld für diejenigen, die zurückbleiben, indem bestehende Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfonds umverteilt werden und eine neue Zuteilung hinzugefügt wird, die erheblich über die Zuteilung von 2009 hinausgehen muss, die als Reaktion auf die weltweite Finanzkrise vorgenommen wurde.
2. Ein Schuldennachlass für notleidende Volkswirtschaften. Auf ein sofortiges Schulden-

moratorium für Staatsschuldenzahlungen sollte ein erheblicher Schuldenerlass folgen. Ein Richtwert könnte der deutsche Schuldenerlass nach dem Zweiten Weltkrieg sein, durch den Deutschland die Hälfte seiner ausstehenden Schulden erlassen wurde. Im Rahmen dieser Massnahme sollten in diesem Jahr unter der Aufsicht eines unabhängig geschaffenen Gremiums rund 1 Billion Dollar erlassen werden.

3. Ein Marshall-Plan zur Wiederherstellung der Gesundheit, der aus einem Teil der fehlenden offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) finanziert wird, die von den Entwicklungspartnern lange versprochen, aber nicht geleistet wurde. Die UNCTAD schätzt, dass zusätzliche 500 Milliarden Dollar – ein Viertel der im letzten Jahrzehnt fehlenden ODA – weitgehend in Form von Zuschüssen für gesundheitliche Notfalldienste und damit verbundene soziale Hilfsprogramme bereitgestellt werden sollten.
4. Schliesslich sollten Kapitalkontrollen ihren legitimen Platz in jedem politischen System erhalten, um den Anstieg der Kapitalabflüsse einzudämmen, die durch Ausverkäufe auf den Märkten der Entwicklungsländer verursachte Zahlungsunfähigkeit zu verringern und den Rückgang der Währungs- und Vermögenswerte aufzuhalten.

Quelle: www.unctad.org vom 30.3.2020

«Diese Zeit erlaubt keine Gleichgültigkeit»

Auszüge aus der Osteransprache von Papst Franziskus

«Diese Zeit erlaubt keine Gleichgültigkeit, denn die ganze Welt leidet und muss sich bei der Bekämpfung der Pandemie zusammenschließen. Der Auferstandene schenke den Armen und allen, die am Rande der Gesellschaft leben, den Flüchtlingen und Obdachlosen, Hoffnung. Mögen diese schwächsten Brüder und Schwestern, die die Städte und Randgebiete in allen Teilen der Welt bevölkern, nicht auf sich allein gestellt sein. Lassen wir nicht zu, dass es ihnen an den lebensnotwendigen Dingen fehlt, die jetzt auf Grund der vielen Schliessungen nur schwer zu finden sind, ebenso wie auch Medikamente und eine angemessene Gesundheitsversorgung. Angesichts der Umstände sollten auch die internationalen Sanktionen gelockert werden, die es den betreffenden Ländern unmöglich machen, ihre Bürger angemessen zu unterstützen. Alle Staaten sollten in die Lage versetzt werden, die notwendigsten Massnahmen in Angriff zu nehmen, indem die Schulden, welche die Bilanzen

der ärmsten Länder belasten, teilweise oder sogar ganz erlassen werden.

Diese Zeit erlaubt keinen Egoismus, denn die Herausforderung, vor der wir stehen, ist uns allen gemeinsam und macht keine Unterschiede. Bei den vielen Gebieten der Welt, die vom Corona-Virus betroffen sind, kommt mir eigens in bezug auf Europa folgender Gedanke: Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte dieser Kontinent wieder neu erstehen, weil ein konkret spürbarer Geist der Solidarität es ermöglichte, die Rivalitäten der Vergangenheit zu überwinden. Um so dringender ist es, gerade unter den heutigen Umständen, dass diese Rivalitäten nicht wieder aufleben, sondern dass sich alle als Teil einer Familie erkennen und sich gegenseitig unterstützen. [...]

Diese Zeit erlaubt keine Spaltungen. Möge Christus, unser Friede, diejenigen erleuchten, die in den Konflikten Verantwortung tragen, so dass sie den Mut haben, dem Aufruf zu einem globalen und sofortigen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt zu folgen. In die-

ser Zeit ist es unangebracht, weiter Waffen zu produzieren und damit Handel zu treiben und Unsummen auszugeben, die man eigentlich bräuchte, um Kranke zu heilen und Menschenleben zu retten. Es ist hingegen an der Zeit, endlich den langen und blutigen Krieg im geschätzten Syrien zu beenden. Der Konflikt im Jemen und die Spannungen im Irak sowie in Libanon müssen endlich ein Ende haben. Dies ist hoffentlich auch der Zeitpunkt, an dem Israeli und Palästinenser endlich wieder den Dialog aufnehmen, um eine stabile und dauerhafte Lösung zu finden, die beiden ein Leben in Frieden ermöglicht. Das Leid der Menschen in der Ost-Ukraine muss aufhören. Man setze den Terroranschlägen, die gegen so viele unschuldige Menschen in verschiedenen Ländern Afrikas verübt wurden, ein Ende.

Diese Zeit erlaubt kein Vergessen. Die Krise, in der wir uns augenblicklich befinden, lasse uns nicht die zahlreichen anderen Nöte vergessen, unter denen viele Menschen leiden. Der Herr des Lebens zeige den

Menschen in Asien und Afrika seine Nähe, die schwere humanitäre Krisen durchmachen, wie etwa in der Region Cabo Delgado im Norden Mosambiks. Er erwärme die Herzen der vielen Menschen, die auf Grund von Krieg, Dürre und Hungersnot auf der Flucht sind und vertrieben wurden. Er beschütze die vielen Migranten und Flüchtlinge, unter denen sich zahlreiche Kinder befinden und die unter unerträglichen Bedingungen leben, insbesondere in Libyen und an der griechisch-türkischen Grenze. Und ich möchte auch die Insel Lesbos nicht vergessen. Er ermögliche, dass man in Venezuela konkrete und sofortige Lösungen findet, die darauf abzielen, internationale Hilfe für die Bevölkerung zu ermöglichen, die unter der schweren politischen, sozioökonomischen und gesundheitlichen Situation leidet.»

Quelle: Osterbotschaft «Urbi et orbi» von Papst Franziskus vom 12.4.2020 (<http://www.vatican.va/content/francesco/de/events/event.dir.html/content/vaticanevents/de/2020/4/12/urbi-et-orbi.html>)

Uno-Generalsekretär: «Wir müssen die Krankheit des Krieges beenden»

«Unsere Welt steht vor einem gemeinsamen Feind: Covid-19. Das Virus macht keinen Unterschied zwischen Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit, Gruppierung oder Glauben. Es greift alle an, unerbittlich.

Währenddessen wüten bewaffnete Konflikte auf der ganzen Welt. Die Schwächsten – Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen, Marginalisierte und Vertriebene – zahlen den höchsten Preis. Sie sind auch am stärksten gefährdet, verheerende Verluste durch Covid-19 zu erleiden. Wir dürfen nicht vergessen, dass in den vom Krieg verwüsteten

Ländern die Gesundheitssysteme zusammengebrochen sind. Die ohnehin schon wenigen Gesundheitsfachkräfte sind häufig betroffen. Flüchtlinge und andere durch gewaltsame Konflikte vertriebene Personen sind doppelt gefährdet. Die Wut des Virus veranschaulicht den Irrsinn des Krieges.

Deshalb rufe ich heute zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt auf. Es ist an der Zeit, bewaffnete Konflikte zu beenden und sich gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren.

Den Kriegsparteien sage ich: Ziehen Sie sich aus den Feindseligkeiten zurück.

Legen Sie Misstrauen und Feindseligkeit beiseite.

Bringen Sie die Geschütze zum Schweigen; stoppen Sie die Artillerie; beenden Sie die Luftangriffe.

Das ist entscheidend: Hilfe bei der Schaffung von Korridoren für lebensrettende Hilfe. Um wertvolle Fenster für die Diplomatie zu öffnen. Hoffnung an Orte zu bringen, die zu den am stärksten von Covid-19 bedrohten gehören.

Lassen wir uns von Koalitionen und Dialogen inspirieren, die sich langsam zwischen rivalisierenden Parteien bilden, um gemeinsame Ansätze gegen Covid-19 zu ermöglichen. Aber wir brauchen noch viel mehr.

Wir müssen die Krankheit des Krieges beenden und die Krankheit bekämpfen, die unsere Welt verwüstet. Es beginnt damit, dass wir die Kämpfe überall stoppen. Und zwar sofort. Das ist es, was unsere Menschheitsfamilie braucht, jetzt mehr denn je.»

Quelle: <https://unric.org/de/guterres-aufruf-zu-einem-globalen-waffenstillstand/> vom 23.3.2020

Waffenstillstand im Jemen – auch wegen Corona-Pandemie

Für den Apostolischen Vikar von Südarabien, den Schweizer Bischof *Paul Hinder*, könnte der erste Covid-19-Fall im Jemen einen paradoxen «positiven Effekt» dabei haben, den Konflikt zu lösen. In der jüngsten Vergangenheit haben internationale humanitäre Organisationen wegen der katastrophalen Auswirkungen einer Covid-19-Epidemie in der arabischen Nation Alarm geschlagen, wo seit 2015 ein Krieg zwischen der von Saudi unterstützten Regierung und den Huthi-Rebellen herrscht. Ein Konflikt, der die derzeit «schlimmste humanitäre Krise der Welt» hervorgerufen hat. Das neue Corona-Virus hätte somit verheerende Auswirkungen auf die bereits durch den Konflikt geschlagene Bevölkerung.

Auf Anfrage der katholischen Nachrichtenagentur *AsiaNews* sagte Bischof Paul Hin-

der, zuständig für die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Jemen, dass «die gegenwärtige Pandemie und die damit verbundenen schrecklichen Gefahren für den Jemen alle Beteiligten zur Vernunft bringen könnten». Daher, so fügt der Bischof hinzu, «könnte das Corona-Virus, zumindest indirekt, eine positive Wirkung haben».

Quelle: <https://www.vaticannews.va/de/welt/news/2020-04/jemen-bischof-paul-hinder-corona-erster-fall-frieden-waffenruhe.html> vom 13.4.2020

Während die Corona-Pandemie weltweit Tausende Opfer fordert, könnte die Seuche ausgerechnet in der schlimmsten humanitären Katastrophe der Gegenwart zum Frieden führen. UN-Vermittler *Martin Griffiths* unterrichtete den UN-Sicherheitsrat darüber, dass Verhandlungen für einen anhaltenden lan-

desweiten Waffenstillstand und humanitäre Hilfsprojekte im Jemen grosse Fortschritte machten.

Saudi-Arabien und seine Verbündeten hatten vergangene Woche überraschend eine einseitige Waffenruhe von zwei Wochen verkündet, nachdem UN-Generalsekretär *António Guterres* zu einer globalen Feuerpause zur Bekämpfung von Covid-19 aufgerufen hatte. Ein langfristiger Waffenstillstand werde nun grundsätzlich von beiden Seiten – dem Bündnis sowie den Huthi-Rebellen – unterstützt, so Griffiths.

«Wir erwarten, dass sie diese Abkommen in naher Zukunft vereinbaren und formell annehmen», sagte Griffiths weiter über den Stand der Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien. Die von Saudi-Arabien verkündete Feuerpause sei eine «klare Verpflich-

tung zu einer friedlichen, politischen Lösung des Konflikts» gewesen.

Das saudische Militärbündnis bombardiert seit März 2015 Ziele im Jemen. Dabei wurden immer wieder auch viele Zivilisten getötet. Seit Ende 2014 kamen im Jemen schätzungsweise 112 000 Menschen ums Leben, darunter 12 600 Unbeteiligte bei gezielten Angriffen.

Die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten wolle man nun mit aller Kraft überbrücken. Griffiths dankte den verfeindeten Parteien für ihre offenen, zielorientierten und raschen Gespräche für eine Lösung des fünf Jahre andauernden Konflikts.

Quelle: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/jemen-un-frieden-verhandlungen-102.html> vom 16.4.2020

Waffenstillstand im Südsudan

Antwort der SSOMA (Allianz der Oppositionsbewegungen in Südsudan)

auf die Forderung des UN-Generalsekretärs nach einem sofortigen weltweiten Waffenstillstand in Konfliktländern im Zusammenhang mit Covid-19

«Seit 2013, zwei Jahre nach der Unabhängigkeit, tobt im vorwiegend christlichen Südsudan ein Krieg, der bisher rund 400 000 Tote und etwa vier Millionen Vertriebene hinterlassen hat. Laut der UN-Flüchtlingshilfe sind dort derzeit 7,5 Millionen Menschen zum Überleben auf humanitäre Hilfe angewiesen. Nach zahlreichen Bemühungen wurde am 13. Januar 2020 in Rom erstmals ein Abkommen im Friedensprozess zwischen Oppositionsführern in der Allianz der südsudanesischen Oppositionsbewegung und der Regierung des Landes unterzeichnet. Zum ersten Mal hatten sich damit alle politischen Parteien des Südsudans auf einen Waffenstillstand und eine Road map zur Stabilisierung der Einheit und Versöhnung im Land geeinigt. Möglich wurde die «Erklärung von Rom» durch die lange Vermittlungstätigkeit der in Rom ansässigen Gemeinschaft *Sant'Egidio* und Papst Franziskus, der sich u.a. gemeinsam mit Anglikaner-Primas *Justin Welby* seit langem um eine Friedenslösung in Südsudan bemüht. Trotz weiter herrschender Gewalt sind die genannten Schritte Ausdruck des im Südsudan vorhandenen politischen Willens und nähren die vorsichtige Hoffnung auf Frie-

den. Hier schliesst auch die folgende Stellungnahme der südsudanesischen Opposition an.

Der Führungsrat der *South Sudan Opposition Movements Alliance* (SSOMA), bestehend aus der *Nationalen Heilsfront* (NAS), der *Vereinigten Süd-Sudanesischen Front* (SSUF), der *Nationalen Bewegung des Südsudan für den Wandel* (SSNMC), der *Realen Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung* (R-SPLM), der *Nationalen Demokratischen Bewegung Patriotische Front* (NDM/PF) und der *Vereinigten Demokratischen Revolutionären Allianz* (UDRA), nimmt zur Kenntnis und begrüsst die Erklärung des UN-Generalsekretärs *António Guterres* vom 23. März 2020, in der er zu einem weltweiten Waffenstillstand aufruft in Ländern, in denen es bewaffnete Konflikte gibt, um die Corona-Virus-Krankheit zu bekämpfen (Covid-19).

Die SSOMA nahm die Erklärung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Kenntnis, dass es sich bei Covid-19 um eine Pandemie handelt, die praktisch alle Länder der Welt betrifft.

Die SSOMA hat die verheerenden Auswirkungen der Pandemie auf die Bevölke-

rung der ganzen Welt verfolgt und erkennt an, dass in der Zeit einer solchen Katastrophe die Menschheit aufgerufen ist, sich zu verbinden und den gemeinsamen Feind durch Solidarität und eine gemeinsame Vorgehensweise aller zu besiegen.

Die SSOMA bekräftigt ihre Besorgnis um die Sicherheit der Menschen im Südsudan in diesem kritischen Augenblick und würdigt die weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung der Pandemie, einschliesslich der Arbeit humanitärer Organisationen und öffentlicher Gesundheitsorganisationen, die den Auftrag haben, den Zugang zu medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe zu erleichtern. Als Reaktion auf diese Situation beschliesst und bekräftigt die *South Sudan Opposition Movements Alliance* (SSOMA) hiermit Folgendes:

1. Die SSOMA hat sich bereits am 13. Januar 2020 in Rom zu einem Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten (COHA) vom Dezember 2017 mit der Regierung des Südsudans verpflichtet/wieder verpflichtet. Mit diesem Akt schliessen wir uns daher der Forderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (Uno) vom 23. März 2020 nach einem sofortigen welt-

weiten Waffenstillstand bei allen Feindseligkeiten in allen Konflikten der Welt an, um gemeinsam gegen das Corona-Virus Covid-19 zu kämpfen;

2. dass die SSOMA als Vertreterin südsudanesischer Bürger und Mitglied einer gemeinsamen internationalen Gemeinschaft während des Zeitraums der Covid-19-Pandemie mit den zuständigen Stellen zusammenarbeiten wird, um den Zugang humanitärer Organisationen wie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (*Unicef*) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu unseren Bevölkerungen zu erleichtern, damit deren Arbeit zur Verbreitung eines grundlegenden Gesundheitsbewusstseins und grundlegender Gesundheitspraktiken beitragen kann, die die Ausbreitung des Corona-Virus im Südsudan verhindern;

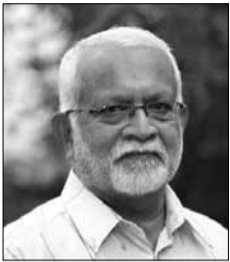
3. dass sich die SSOMA das Recht auf Selbstverteidigung vorbehält, falls seine Stellungen während dieses Zeitraums angegriffen werden.

Quelle: <https://www.nassouthsudan.com> vom 9.4.2020

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Warum das OPEC+-Abkommen eine vielversprechende Sache ist

von M. K. Bhadrakumar*, Indien



M. K. Bhadrakumar
(Bild zvg)

Der russische Präsident Wladimir Putin hielt am 23. Januar 2020 in Jerusalem eine Rede, in der er für September ein Gipfeltreffen der «Gründerländer der Vereinten Nationen, der fünf Staaten, die besondere Verantwortung für die

Rettung der Zivilisation tragen», vorschlug.

Ein perfekter Deal ist, wenn alle Beteiligten etwas davon haben. Alle erdölproduzierenden Länder können davon profitieren, wenn der Ölpreis wieder anzieht. Die OPEC+-Gruppe, angeführt von Saudi-Arabien und Russland, schloss am Sonntag [12. April 2020] in einem atemberaubenden Endsprint eine Vereinbarung über eine drastische Kürzung der Ölförderung um insgesamt 9,7 Millionen Barrel pro Tag ab, um Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt wieder ins Gleichgewicht zu bringen und die Preise in die Höhe zu treiben.

Sie beendete tagelange, quälende internationale Verhandlungen, an denen auch die USA beteiligt waren. Von Produzenten ausserhalb der OPEC+-Gruppe werden zusätzliche Kürzungen erwartet. Experten gehen davon aus, dass sich die Ölpreise in der zweiten Jahreshälfte der Marke von 40 Dollar pro Barrel nähern werden.

Die Ölproduzenten der Welt schliessen sich für die grösste kooperative Förderinitiative der Geschichte zusammen. Die tektonischen Platten verschieben sich in der Geopolitik des Erdöls.

In der Vergangenheit haben sich die USA gegen das Ölkartell als Bedrohung für die amerikanische Wirtschaft gewehrt. Doch Washington schloss sich nicht nur dem jüngsten Förderprogramm an, sondern sein Erfolg könnte tatsächlich von den USA abhängen, wo sich die Ölförderung in einem einzigen Jahrzehnt verdoppelt hat.

Präsident Donald Trump hat in den letzten Tagen direkte Gespräche mit den Regierungsverantwortlichen von Russland, Saudi-Arabien und Mexiko geführt. Obwohl die USA, der weltweit grösste Produzent, keine festen Produktionskürzungen angeboten haben, haben Trump und das US-Energie-

ministerium betont, dass die Marktkräfte den USA Rückgänge bringen werden.

Das heisst, Kürzungen können von Regierungsmaßnahmen auf Grund von Unternehmensentscheidungen kommen, da Unternehmen entweder die Produktion einstellen oder Konkurs anmelden. Die Schätzungen gehen davon aus, dass die US-Produktion bis zum Jahresende um 2 Millionen Barrel pro Tag und vielleicht sogar noch mehr zurückgehen wird. Nach Angaben der Industrie könnte der Produktionsrückgang in den USA dazu führen, dass die Exporte von über 3 Millionen Barrel pro Tag im Jahr 2019 auf fast null in den kommenden Monaten zurückgehen, womit eine Hauptsorge sowohl Russlands als auch der Saudis angesichts der Angst vor einer Übernahme ihrer traditionellen Märkte durch die USA ausgeräumt würde.

Dies entspricht den erklärten doppelten Zielen Saudi-Arabiens – seinen Marktanteil zu verteidigen und auch die US-amerikanische Schieferölproduktion zu vernichten beziehungsweise zu verlangsamen. Die Alternative für die Saudis wäre gewesen, mit enormen Kosten Marktanteile zurückzugewinnen, indem sie genug Öl fördern, um die Preise auf einem niedrigen bis mittleren 20-Dollar-Niveau zu halten, und dies für zwei Jahre.

Was Russland betrifft, so wird es dank der Vereinbarung zusätzliche Einnahmen in Höhe von 70–80 Millionen Dollar pro Tag erhalten.

Trump twitterte am Sonntag: «Das grosse Öl-Geschäft mit der OPEC+ ist abgeschlossen. Dies wird Hunderttausende von Energiearbeitsplätzen in den Vereinigten Staaten retten. Ich möchte Präsident Putin von Russland und König Salman von Saudi-Arabien danken und ihnen gratulieren. Ich habe gerade vom Oval Office aus mit ihnen gesprochen. Ein grossartiger Deal für alle!»

Im Kern ergibt sich die OPEC+-Vereinbarung jedoch aus einer Matrix der Verständigung zwischen Trump und Putin. Saudi-Arabien hat verstanden, dass es ihnen besser aus dem Weg gehen sollte. Putin schätzte genau ein, wie wichtig es für Trump politisch ist, die Schieferindustrie über Wasser zu halten, um Arbeitsplätze zu erhalten. Die Industrie beschäftigt über 10 Millionen Amerikaner und erwirtschaftet 7 % des BIP der USA.

Die grosse Frage ist, wo ist die Gegenleistung? Es hat immer der Verdacht bestanden, dass Putin einen Plan hatte, als er den Rückgang des Ölpreises auf eine so ausgeklügelte Art und Weise auslöste, dass der russischen Wirtschaft Einnahmeverluste in Milliardenhöhe entstanden sind.

Ganz offensichtlich löste der freie Fall des Ölpreises in einem Wahljahr in Amerika eine existenzielle Krise für die amerikanische Schieferindustrie aus, die Trump zwangsläufig

früher als später in den Mittelpunkt rücken musste. Ob Putin es nun geplant hatte oder nicht, genau so ist es geschehen.

Was Trump betrifft, so ist ein konstruktives Engagement mit Russland etwas, das er schon immer wollte. Drei kostbare Jahre sind durch die Müller-Untersuchungen über «Russland-Absprachen» und so weiter verlorengelassen. Aber nachdem er seine Gegner in dem Amtsenthebungs-drama erfolgreich ausmanövriert hat, ist Trump nun ungebunden. Putin versteht das auch.

In dieser besonderen Angelegenheit rettet Trump die Interessen des Big Oil, das einen enormen Einfluss auf die politische Klasse, Think tanks, die Medien und die Wall Street – und natürlich auf den Tiefen Staat – hat. Mit einfachen Worten, es ist heute unvorstellbar, dass irgend jemand in Washington Beltway, wie russophobisch auch immer, es wagen würde, gegen Trump zu protestieren, wenn er mit Putin unter vier Augen verhandelt, um Big Oil zu retten.

Es besteht ein breiter Konsens in der amerikanischen Elite, dass Putin den Schlüssel zur Lösung der Ölkrise besitzt, die der US-Wirtschaft schweren Schaden zufügen kann, nachdem sie sich bereits in einer tiefen Rezession befindet.

Tatsächlich haben Trump und Putin seit dem 10. April 2020 dreimal miteinander gesprochen. Trump weiss, dass er auf der richtigen Seite der Geschichte steht, und seinem Gesprächspartner kann man vertrauen, dass er sein Wort hält. Trumps Tweet am Sonntag (oben zitiert) trieft vor Zuversicht. Er schreitet auf eine Entspannung mit Russland zu.

Andererseits ist Putin mit Blick auf den US-Wahlzyklus daran interessiert, mit Trump so schnell wie möglich einen grossen Deal über die russisch-amerikanischen Beziehungen abzuschliessen, denn ein möglicher Sieg Joe Bidens im November würde bedeuten, dass die USA sich dazu hinreissen lassen, den Druck auf Russland wieder signifikant zu erhöhen.

Putin hat einen Zeitplan für September festgelegt. Er hat die Idee eines Gipfeltreffens der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates im September «an einem beliebigen Ort der Welt» vorgeschlagen – und Trump hat es begrüsst –, um globale Fragen im Gefolge der Corona-Virus-Pandemie zu diskutieren.

Interessanterweise nutzte Putin am 10. April, noch während die OPEC+-Vereinbarung zum Abschluss gebracht wurde, eine Sitzung mit der dreiköpfigen US-Astronautenbesatzung (die am kommenden Freitag die Internationale Raumstation vom russischen Team übernehmen wird), um die russisch-amerikanischen Beziehungen anzusprechen.

Putin sagte, die Zusammenarbeit im Welt- raum sei «ein anschauliches Beispiel für

eine effektive Partnerschaft zwischen unseren Ländern zum Nutzen der gesamten Menschheit». Dann fügte er hinzu: «Wir versuchen nun auch, die Arbeit an aktuellen Problemen zu organisieren. Ich spreche nicht gerne darüber, aber ich muss es tun. Ich meine den Kampf gegen die Pandemie, aber auch die Situation auf den Weltmärkten. Der Präsident der Vereinigten Staaten und ich haben erst gestern über diese Fragen gesprochen, und wir werden noch mehr über dieses Thema sprechen. Glücklicherweise entwickelt sich also die Zusammenarbeit, und zwar nicht nur im Weltraum, sondern auch in anderen Bereichen.»

Besonders bemerkenswert ist, dass die Mitteilung des Kremls über das Gespräch zwischen den beiden Staatsoberhäuptern zwei Tage später, am 12. April, lautet: «Es wurden auch aktuelle Fragen der Gewährleistung der strategischen Sicherheit erörtert.» Die Gesprächsagenda hat sich deutlich erweitert und vertieft.

Unterdessen positioniert sich China ebenfalls für den Gipfel im September. Moskau konsultierte Peking, bevor es den Vorschlag für den Gipfel machte. (Putin räumte ein, dass Moskau den Gipfel «mehreren unserer Kollegen vorgeschlagen habe und, soweit ich verstanden habe, eine positive Reaktion sah») Peking war schnell auf den Beinen, um (innerhalb von vierundzwanzig Stunden) Unterstützung für Putins Vorschlag bezüglich des Gipfels zur Lösung globaler Problemstellungen zu bekunden.

Alles in allem sollten wir also den Wald vor lauter Bäumen nicht übersehen. Bei der OPEC+-Vereinbarung geht es um viel mehr als nur um Öl. Es war der Startschuss für eine Reihe von Kooperationsverhandlungen zwischen den USA, Russland und China, die für die Weltpolitik nach einer Pandemie von grosser Tragweite sein dürften.

Eine solche Annäherung ist ein klarer Indikator dafür, wie tief die weltweite Pandemie und die weltweite Ölkrise miteinander verflochten bleiben und dass die Erholung der US-Wirtschaft damit verbunden ist. Wie der US-Energieminister Dan Brouillette es ausdrückte, ist die weltweite Ölkrise eine verheerende Auswirkung des Covid-19 und «geht über die Interessen einer einzelnen Nation hinaus und erfordert eine schnelle und entschlossene Reaktion von uns allen».

Die Welt wird hier Zeuge des Geistes des Internationalismus, der inmitten einer menschlichen Katastrophe entsteht, wie es sie vielleicht seit mehr als einem Jahrhundert nicht mehr gegeben hat. Die Pandemie hat derzeit 1,6 Millionen Menschen infiziert und fast 100 000 getötet und hat fast jeden Winkel des Planeten erreicht.

Quelle: www.indianpunchline.com vom 13.4.2020
(Übersetzung Zeit-Fragen)

LESER  BRIEF

Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist oberstes Ziel der Corona-Virus-Prävention und -Eindämmung

Das neue Corona-Virus breitet sich rasant und in Wellen auf der ganzen Welt aus. Gegenwärtig stellt die Pandemie das Gesundheitswesen vor eine ausserordentlich grosse Herausforderung mit der weitreichendsten und tiefgreifendsten Auswirkung auf die globale Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg. Bis zum 3. April 2020 wurden weltweit kumuliert über 1 Million Ansteckungen bestätigt, darunter in der Schweiz über 18 000 Fälle.

Zu dieser denkwürdigen Zeit gibt es leider immer wieder Personen, die voreingenommen das chinesische System und die Kommunistische Partei Chinas anfeinden. Es wird versucht, Chinas Erfolg und Effizienz in der Prävention und Eindämmung des Virus und Chinas Beitrag zur Weltgesundheits für nichtig zu erklären.

Diejenigen, die das chinesische System angreifen, sollen sich fragen: Wäre das Corona-Virus wirklich besser unter Kontrolle gebracht worden, wenn es zuerst in einem

westlichen Land ausgebrochen wäre? Denjenigen, die China vorwerfen, zu spät agiert zu haben, stelle ich die Frage: Welches Land auf der Welt hat schneller und konsequenter als China Massnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus getroffen?

Es ist leider so, dass viele Länder auch über einen Monat nach dem Virusausbruch in China, manche sogar noch bis vor 2–3 Wochen, tatenlos zuschauten. Sie liessen wertvolle Zeit verstreichen, was schliesslich die globale Ausbreitung begünstigte.

Chinas bemerkenswerter Bekämpfungserfolg der Epidemie basiert nicht auf Propaganda, sondern auf den gemeinsamen Bemühungen und der Hingabe des gesamten chinesischen Volkes, einschliesslich ausländischer Chinesen, sowie auf der freundlichen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Präsident Xi Jinping betonte mehrmals, dass China aus solchen Ereignissen Erfahrungen sammeln und daraus Lehren ziehen muss.

Mit dem Virus konfrontiert brauchen wir Eigeninitiativen und Mitarbeit der Bevölkerung, brauchen wir noch mehr rasche, entschlossene und effektive staatliche Massnahmen. Wir brauchen individuelle Lösungen der Regierung und Bevölkerung jedes Landes, aber noch mehr brauchen wir eine zielgerichtete, starke Zusammenarbeit der gesamten Menschheit. Jedes System bedarf ständiger Reformen und Anpassungen. Selbstkritik, Selbstrevolution und Selbstverbesserung sind inhärente Qualitäten der Kommunistischen Partei Chinas in deren kontinuierlicher Bestrebung nach Fortschritt und Weiterentwicklung.

Das Corona-Virus ist ein gemeinsamer, gefährlicher Feind der Menschheit, welches keine geographischen und ideologischen Grenzen kennt. Der grösste Wissensgewinn aus dem Virusausbruch besteht darin, dass die gesamte Menschheit in dieser Prüfung eine «Schicksalsgemeinschaft» bildet, und zwar unabhängig davon, wie viele Unter-

schiede und Differenzen die Länder im Hinblick auf Religion, Politik, Geographie, Kultur und andere Merkmale aufweisen.

Wir sitzen alle im selben Boot. Als höchste Priorität gilt es nun, sämtliche Klischees, welche einer Prävention und Eindämmung des Virus nicht nützen, beiseite zu legen. Statt dessen soll der Gesundheitsschutz der Bevölkerung der Goldstandard sein. Wir sollen vermehrt zusammenarbeiten, um klinische Diagnostik und Behandlungsmethoden, wirksame Medikamente sowie Impfstoffe so rasch wie möglich zu erforschen und zu entwickeln, damit jedes einzelne Leben gerettet werden kann. Wie in der Vergangenheit, in der Gegenwart als auch in der Zukunft wird China stets die Wahrung der globalen öffentlichen Gesundheit als eine seiner wesentlichsten Aufgaben erachten und sich dafür intensiv einsetzen.

Zhang Fengye, Generalkonsulat der Volksrepublik China in Zürich

Schutz der Gesundheit und wirtschaftlichen Erfolg nicht gegeneinander ausspielen

Ein Blick nach Deutschland

von Karl-Jürgen Müller

Dass verantwortliche Behördenvertreter und politische Amtsträger in den vergangenen fünf Wochen dem Einsatz für die Gesundheit und das Leben der Menschen absoluten Vorrang eingeräumt und alle Bürger eingeladen haben, hierbei verantwortungsbewusst mitzuwirken, war Balsam für die menschliche Seele. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit – aber nach all dem, was wir Bürger in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben, doch auch eine – recht späte – positive Überraschung. Man muss die stark gestiegenen Zustimmungsraten für so manchen Verantwortlichen und dessen Entscheidungen wohl nicht zuletzt darauf zurückführen.

Wie Denken und Gemüt verunsichert werden können

Man muss aber auch wissen, dass dieser Weg nicht gesichert ist. Seitdem sich düstere Berichte über die wirtschaftlichen Folgen der bislang ergriffenen Massnahmen zum Schutz von Gesundheit und Leben mehren und die Forderungen nach einer deutlichen Lockerung der bisherigen Massnahmen lauter werden, haben sich Fragen in das Denken und in die Gemüter eingeschlichen, die verunsichern und in die Irre führen können: Können wir es uns in Anbetracht düsterer wirtschaftlicher Prognosen denn wirklich leisten, dem Schutz von Leben und Gesundheit den Vorrang zu geben? Ist es nicht so, dass das anfänglich befürchtete exponentielle Wachstum der Ansteckungszahlen und Todeszahlen nicht eingetreten ist, die bisherigen Massnahmen also schon erfolgreich genug (vielleicht sogar übertrieben) waren und deshalb der Höhepunkt der «Krise» überwunden ist? Müssen wir nicht immer ein gewisses Risiko eingehen, um unseren bisherigen Lebensstandard auch künftig zu sichern? Ist es nicht sogar so, dass eine massive Wirtschaftskrise wie Ende der zwanziger, Anfang der dreissiger Jahre genauso Leben und Gesundheit bedroht hat wie jetzt die Corona-Pandemie? Ist es nicht besser, wenn für alle, die nicht zu einer «Risikogruppe»¹ gehören, also vor allem für die jüngeren Menschen, die bislang bestehenden Beschränkungen aufgehoben werden, so dass sie ihren gewohnten Tätigkeiten wieder vollumfänglich nachgehen können – selbstverständlich mit mehr Gesundheitstests und unter möglicher Beibehaltung gewisser Abstands- und Hygieneregeln? Sollten nicht auch wieder alle Geschäfte geöffnet und Betriebe in Gang gesetzt werden, damit die Wirtschaft wieder laufen kann? Wollen wir anderen nicht auch allmählich wieder «normal» leben? Und sollten nicht die «Risikogruppen» dafür noch stärker «geschützt», d. h. stärker abgeschirmt werden als bisher?

Staaten haben enorme Hilfsprogramme aufgelegt

Die politisch Verantwortlichen in Ländern wie der Schweiz, Österreich oder Deutschland haben schon gleich mit Beginn der ersten deutlichen gesundheitspolitischen Reaktionen auf die Corona-Pandemie versucht, den unbestreitbaren wirtschaftlichen Problemen mit massiven staatlichen Finanzhilfen zu begegnen. Diese Hilfen reichen vom stark erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld² über staatliche Kreditbürgschaften bei sehr günstigen Kredit-Konditionen und Steuerentlastungen für mittelständische und Grossunternehmen bis hin zu nicht rückzahlbaren Soforthilfen für Kleinunternehmen.³ Die Summe der dafür zur Verfügung gestellten Mittel übersteigt alles bisher Dagewesene. Das deutsche «Handelsblatt» titelte am 22. März 2020: «Bundesregierung: 1,2 Billionen Euro gegen die Corona-Krise». Bislang sinnvolle Regelungen wie eine Schuldenbremse beziehungsweise Schuldenobergrenze werden derzeit nicht mehr eingehalten.

Und wie man hört, erreichen die Hilfen die Betroffenen auch in einem bislang nicht gekannten Tempo – tatsächlich recht «unbürokratisch». Es war und ist zwar nicht möglich, alle Einbussen auszugleichen, es gibt auch

wirtschaftliche und soziale Härten. Viele Betriebe, vor allem im Hotel- und Gastgewerbe, werden grosse Mühe haben, weiterzubestehen. Aber es konnten und können auch viele sonst wirtschaftlich und sozial desaströse Folgen abgefedert werden. Schon in der ersten Aprilwoche (Stand: 8. April 2020) haben zum Beispiel mehr als 7000 Unternehmen Kredithilfen beantragt, die Höhe der beantragten Hilfen betrug mehr als 20 Milliarden Euro – wobei man hinzufügen muss, dass mehr als 17 Milliarden davon von Grossunternehmen beantragt wurden. In Deutschland sind die Bundesländer für die Antragsbearbeitung und die Gewährung der Hilfen zuständig. In Sachsen gingen bis Anfang April bei den zuständigen Behörden mehr als 14200 Anträge auf nicht rückzahlbare Soforthilfen ein. Wenige Tage später waren schon 3000 Anträge bewilligt, und bei 1500 Anträgen wurde das Geld auch schon überwiesen. Das Land Nordrhein-Westfalen meldete am 1. April, dass 2000 der 8500 eingegangenen Anträge auf Landeshilfen für Kleinunternehmer schon bewilligt wurden und der Rest innerhalb einer Woche bearbeitet werde. Im Bundesland Sachsen-Anhalt seien, auch das wurde gemeldet, schon in den ersten fünf Stunden der Antragsmöglichkeit 5200 Anträge auf nicht rückzahlbare Soforthilfen für Kleinunternehmen eingegangen. «Schnellstmöglich», so wurde der Wirtschaftsminister des Landes zitiert, sollen die Anträge bearbeitet und die Gelder ausgezahlt werden.

«Die deutsche Regierung legt ein riesiges Corona-Notpaket vor», hatte die «Neue Zürcher Zeitung» am 23. März 2020 getitelt. Am selben Tag hiess es bei der *Deutschen Welle*: «Es wird so teuer wie noch nie.» Beides stimmt.

Die volkswirtschaftlichen Zahlen werden nach unten gehen

Das alles wird allerdings nichts daran ändern, dass für das Jahr 2020 volkswirtschaftlich mit einem deutlichen konjunkturellen Einbruch zu rechnen ist. Für Deutschland hat vor wenigen Tagen die in Hamburg ansässige *Statista GmbH* eine mehr als 120 Seiten umfassende Zusammenstellung von Daten und Prognosen zum Thema «Auswirkungen des Corona-Virus (Covid-19) auf die Wirtschaft» veröffentlicht.⁴ Von besonderem Interesse ist die «ifo-Szenarienrechnung für die Wertschöpfungsverluste durch den Corona-Shutdown in Deutschland im Jahr 2020» sowie dementsprechend die «ifo-Szenarienrechnung zum Rückgang der

BIP-Jahreswachstumsrate durch den Corona-Shutdown in Deutschland im Jahre 2020». Das Münchner *ifo-Institut*, ein namhaftes Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland, geht von sechs verschiedenen Szenarien aus und unterscheidet jeweils zwischen einem «Shutdown» – in der Schweiz sagt man «Lockdown» – von einem, zwei oder drei Monaten. Beim Wertschöpfungsverlust schwanken die Verluste in den verschiedenen Szenarien bei einem Monat «Shutdown» zwischen 152 und 265 Milliarden Euro, bei zwei Monaten zwischen 255 und 495 Milliarden Euro und bei drei Monaten zwischen 354 und 729 Milliarden Euro. Beim prozentualen Rückgang des BIP schwanken die Zahlen dementsprechend bei einem Monat «Shutdown» zwischen 4,3 und 7,5 %, bei zwei Monaten zwischen 7,2 und 14 % und bei drei Monaten zwischen 10 und 20,6 %.

Noch drastischer sieht das «Worst-case-Szenario» in einer vom Bundesinnenministerium schon Mitte März in Auftrag gegebenen Studie aus, die ursprünglich nur für den Dienstgebrauch vorgesehen war, Anfang April aber an die Öffentlichkeit gelangte.⁵ Das Szenario ist mit «Abgrund» betitelt, und zu lesen ist: «Eine Eindämmung der Virus-Epidemie gelingt nicht. Ausgangsbeschränkungen werden für den Rest des Jahres festgeschrieben. Dies bedeutet eine dauerhafte Reduktion der wirtschaftlichen Aktivität auf ein niedrigeres Niveau. Unterstellt ist eine weitere Verringerung der Wirtschaftsleistung nach vier Monaten mit Ausgangsbeschränkungen. In dieser Situation würde das BIP um 32 % einbrechen, die Industrie um 47 %. Bei weiteren sich verstärkenden Zweitrundeneffekten und sich festsetzenden Negativerwartungen wäre eine beschleunigte Abwärtsdynamik nicht auszuschliessen. Dieses Szenario kommt einem wirtschaftlichen Zusammenbruch gleich, dessen gesellschaftliche und politische Konsequenzen kaum vorstellbar sind.»

Widerstand gegen weiteren «Shutdown»...

Bei solchen «Prognosen» setzen die mit wirtschaftlichen «Argumenten» auftretenden Kritiker einer Fortsetzung der bisherigen Eindämmungsversuche der Corona-Pandemie an. Sie behaupten, nachdem nun schon ein Monat «Shutdown» vorüber sei, seien ein zweiter oder gar dritter Monat mit einem dann zu erwartenden BIP-Rückgang von 20 % oder sogar noch mehr nicht zu verkraften und deshalb auch nicht zu verant-

worten. Aber vielleicht übersehen die Kritiker dabei auch etwas Wesentliches, so wie es auch in der Studie des Bundesinnenministeriums als Ausgangspunkt des wirtschaftlichen Abgrunds formuliert wurde: «Eine Eindämmung der Virus-Epidemie gelingt nicht.» Hier wird doch deutlich, wie wichtig der Schutz von Gesundheit und Leben für eine funktionierende Wirtschaft ist, die sich «human» nennen will.

Ein Beispiel für die Sichtweise solcher Kritiker ist der am 7. April 2020 vom arbeitgebernahen *Institut der Deutschen Wirtschaft* veröffentlichte «IW-Report 13/2020» mit dem Titel «Ein Überblick über aktuelle Konjunkturstudien zur Corona-Krise».⁶ Der IW-Report spricht zwar von einer «grossflächige[n] Erhöhung von Test- und Behandlungskapazitäten» und dem besonderen Schutz von «Risikogruppen». In den Schlussfolgerungen geht es aber vor allem um die Ankurbelung der Wirtschaft: Die Wiederaufnahme von Schulbetrieb und Kinderbetreuung sei *deshalb* «von fundamentaler ökonomischer Bedeutung, weil nur so die Eltern mit der notwendigen Aufmerksamkeit ihrer Beschäftigung nachgehen können». Weiter heisst es: «Sobald wie möglich sollen Handelsgeschäfte und derzeit untersagte Dienstleistungen wieder zugelassen werden. [...] Um die industrielle Produktion wieder hochfahren zu können, müssen komplexe Wertschöpfungsnetze reaktiviert werden. Dazu ist erforderlich, dass Unternehmen am Markt bleiben [...]. Die komplexen Wertschöpfungsketten basieren auf internationaler Arbeitsteilung und damit verbunden dem internationalen Austausch von Gütern. Grenzen für Waren müssen offengehalten und wo notwendig wieder friktionsfrei geöffnet werden, das gilt auch für den grenznahen Arbeitskräfteaustausch [...]»

Wie genau dabei weitere Ansteckungen mit dem Corona-Virus vermieden werden sollen oder ob weitere Ansteckungen dabei billigend in Kauf genommen werden, wird nicht gesagt.

... und Zukunftsperspektiven

Dass man die Dinge auch anders gewichten kann, zeigt ein Interview mit einer Beraterin deutscher Familienunternehmen.⁷ Sie sagt: «Dank ihrer langfristigen Sicht und ihrer soliden Kapitalausstattung können Familienunternehmen auch eine Durststrecke wie diese eine ganze Zeit durchhalten.» Auf die Frage, warum Familienunternehmen dies besser gelinge als anderen, gibt sie die Antwort: «Erstens: Die Eigenkapitalquote der Familienunternehmen liegt inzwischen – nach der Finanzkrise 2008 – oft bei über 40 %, finanziell schafft das Spielraum. Zweitens: Die Unabhängigkeit vom Kapitalmarkt – und damit auch von nervösen Anlegern – ermöglicht es den Unternehmen, langfristiger zu planen und mit viel mehr Ruhe vorausschauend zu handeln. Drittens: Kleinere und mittelgrosse Familienunternehmen sind zwar international tätig, aber nicht immer komplett globalisiert, so dass sie von Liefer- und Wertschöpfungsketten aus weit entfernten Kontinenten abhängig sind.» Fazit: Es gebe «viele Familienunternehmen, die gerade jetzt grosse Chancen auf Grund ihres Geschäftsmodells haben».

Unternehmer und Unternehmen hatten fünf Wochen Zeit, darüber nachzudenken, wie sie ihre künftige Wirtschaftstätigkeit auf die Realität der Corona-Pandemie ein- und gegebenenfalls umstellen können. Das war und ist eine grosse Herausforderung und braucht Unterstützung – auch durch den Staat – und auch durch alle Bürger. Ein besonders grosses Problem für die deutsche Wirtschaft ist die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren rund 50 % der deutschen Wertschöpfung vom Export erwirtschaftet wurden. Viele deutsche Unternehmen hängen zudem von internationalen Lieferketten ab. Die Pandemie hat die ganze Welt erfasst, in allen Ländern gibt es starke Beschränkungen und wirtschaftliche Einbrüche, die den deutschen Absatz im Ausland beeinträchtigen

Wirtschaft unterstützen und vor der Infektion schützen

km. In einer Telefonschaltkonferenz haben die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Bundesländer am 15. April 2020 Eckpunkte für die weiteren «Beschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie»¹ beschlossen. Zu diesen Eckpunkten gehören aber nicht nur «Beschränkungen», sondern auch Lockerungen für die Geschäftstätigkeit von und weitere Unterstützungsmassnahmen für Unternehmen. So können ab dem 20. April alle Geschäfte bis zu 800 m² Verkaufsfläche und Kfz-Händler, Fahrradhändler und Buchhandlungen unabhängig von der Verkaufsfläche wieder öffnen. Sie müssen dabei «Auflagen zur Hygiene, zur Steuerung des Zutritts und zur Vermeidung von Warteschlangen» beachten. Im Dienstleistungsbereich sollen sich Friseurbetriebe unter den selben Auflagen sowie der «Nutzung von persönlicher Schutzausrüstung» darauf vorbereiten, ab dem 4. Mai wieder öffnen zu können. Auch Unternehmen, die Probleme mit Zulieferern haben, sollen unterstützt werden. Im Beschluss heisst es: «Bund und Länder unterstützen die Wirtschaft, gestörte internationale Lieferketten wiederherzustellen. Dazu richten die Wirtschaftsministerien des Bun-

des und der Länder Kontaktstellen für betroffene Unternehmen ein. Diese sollen auf politischer Ebene dazu beitragen, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zulieferprodukte, wo möglich, wieder reibungslos erfolgt.» All dies steht unter dem Vorbehalt des Gesundheitsschutzes. Zu Beginn des Beschlusses heisst es: «Für die kommende Zeit ist die Leitschnur unseres Handelns, dass wir alle Menschen in Deutschland so gut wie möglich vor der Infektion schützen wollen.» Das Konzept, zeitlich gestreckt möglichst viele Menschen durch eine Ansteckung zu immunisieren und damit auch sogenannte Risikogruppen vor einer Ansteckung zu schützen («Herdenimmunität»), wird nicht verfolgt. Ausdrücklich heisst es: «Eine zeitnahe Immunität der Bevölkerung gegen Sars-CoV-2 ohne Impfstoff zu erreichen, ist ohne eine Überforderung des Gesundheitswesens und des Risikos vieler Todesfälle nicht möglich.» Am 30. April wird erneut beraten, ob sich die neuen Beschlüsse bewährt haben.

Auch wir Bürger sind aufgerufen, bei dieser Prüfung mitzumachen.

¹ <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973812/1744452/b94f2c67926030f9015985da586caed3/2020-04-16-bf-bk-laender-data.pdf?download=1> vom 15.4.2020

Dezentrale Organisation und Produktion zum Wohle aller – nicht nur in Notzeiten

von Christian Fischer, Köln

Die aktuelle Situation führt uns allen die gegenseitige Abhängigkeit menschlichen Lebens vor Augen und wirft damit auch grundsätzliche Fragen auf: Die Grenzenlosigkeit des Virus ist das eine, die Problematik der Konzentration, Monopolisierung und Zentralisierung unserer wirtschaftlichen Produktion ein weiteres. Dies zwar nicht erst seit der Corona-Krise, nur ist uns nun auch in unseren westlichen Ländern bewusster geworden, wie schnell solche Fragen existentiell werden können.

Die derzeitige pandemisch bedingte Einschränkung der sozialen Kontakte ist ein Einschnitt, den wir so zwar noch nicht erlebt haben, der aber für viele von uns eine Zeit lang erträglich ist. Schliesslich haben wir Kommunikationsmittel und Supermärkte und Apotheken, in denen wir meist noch das finden, was wir brauchen. Auch älteren Menschen, die mehr als sonst auf Hilfskräfte angewiesen sind, wird geholfen. Das funktioniert erstaunlich gut; Hilfsbereitschaft ist ein viel Stellen spontan und schnell organisiert entstanden.

Schwieriger ist es bereits im medizinischen und pflegerischen Bereich; hier fallen zunehmend Kräfte aus, weil sie erhöhter Ansteckungsgefahr unterliegen; gleichzeitig werden absehbar vermehrt medizinische und pflegerische Kräfte gebraucht. Diese Schwierigkeit liegt in der Natur der Sache, eben einer Ansteckungskrankheit. Davon abgesehen regt die Covid-19-Pandemie aber auch zu einer grundsätzlichen Überlegung an: Wie zentral oder dezentral sollte unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben organisiert sein? Ist die Krise nicht gerade eine Nagelprobe für diese Frage?

Zentralisierung schafft Abhängigkeit und Ungerechtigkeit

Schon seit längerem findet eine Zentralisierung im politischen und gesellschaftlichen Leben statt. Legislative Kompetenzen sind von nationalen Parlamenten an eine EU-Kommission abgegeben worden, wirtschaftliche Konzentrationsprozesse zulasten des Mittelstandes finden statt, Krankenhäuser werden geschlossen oder müssen sich so spezialisieren, dass manche medizinischen Dienste nicht mehr bürgernah vorhanden sind, Produktionen werden an Billigstandorte irgendwo in der Welt verlagert, so vor Jahrzehnten Deutschlands Stahl- und Textilproduktion, vor kürzerer Zeit die Pharmaproduktion, um nur wenige Beispiele zu nennen. Internationale Abhängigkeiten sind auf den Arbeitsmärkten schon so weit entstanden, dass die Deckung des Pflegebedarfs für

alte und kranke Menschen oder die Erntehilfe für lebensnotwendige Agrarprodukte nicht mehr ohne ständige oder zeitweilige Arbeitskräfte aus dem Ausland funktioniert. Umgekehrt fragen sich viele aber nicht einmal, wie unter diesen Umständen eigentlich die pflegebedürftigen Menschen in Osteuropa versorgt werden. Oder wie Landwirtschaft und Kleinhandel in Afrika gedeihen können, wenn wir unsere subventionierte Überproduktion dorthin verschiffen und verschern. Oder wenn landwirtschaftliche Produktionsflächen ärmerer Länder in Energieerzeugungsfächen für reichere Länder umgenutzt werden. Umverteilungen finden in grossem Massstab statt; die reicheren Länder können sich weltweit gut und günstig versorgen; die anderen können schauen, wie sie zurechtkommen. Das globalisierte Freihandels-System funktioniert ähnlich wie in der Fussballwelt: Wenn in einem kleinen Zweitligaverein ein begabter Spieler auftaucht, wird er bald vom grossen Erstligaverein gekauft, und der kleine Verein bleibt, was er ist. Die Schwachen kommen nicht hoch, die Starken werden stärker.

Trotzdem werden Globalisierung und damit verbundene Zentralisierung von manchen als unvermeidlicher Gang der Geschichte, wenn nicht gar als wünschenswerter Fortschritt gesehen. Tatsächlich bekommen bei diesem Umverteilungsprogramm auch die Schwächeren manche Produkte, die sie aus eigener Kraft nicht selbst geschaffen haben, zum Beispiel Mobiltelefone; aber die Stärkeren profitieren überproportional. Zumindest solange «der Laden läuft».

Vor allem in Krisenzeiten werden dann aber Vernetzung und Zentralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten als ein System von Abhängigkeiten sichtbar, die ins Gegenteil kippen können. Medikamente für Europa werden hauptsächlich in China produziert. Unsere Kleider werden in Bangladesch hergestellt. Gas und Benzin kommen von anderen Kontinenten. Und selbst tägliche Lebensmittel überschreiten Grenzen, die in der Krise wieder als solche sichtbar werden. Die internationale Arbeitsteilung schafft unzählige andere Beispiele, was gerade für uns reiche Länder geschehen kann, wenn «der Laden» mal nicht so läuft, wenn Grenzen nicht nur auf dem Papier bestehen.

Unabhängigkeit braucht dezentrale Grundversorgung

Natürlich kann als Gegenbeispiel nicht das andere Extrem Vorbild sein, so als könnten wir heute in kleinen Einheiten fast so autark leben wie ein Bauernhof vor tausend Jahren. Aber da unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben menschengemacht ist,

können und müssen wir in gewissen Grenzen schon überlegen, wie wir es gestalten wollen.

Eine grössere Dezentralität von lebensnotwendigen Produktionsvorgängen würde jedenfalls grössere Unabhängigkeit, also mehr Souveränität bedeuten. Können wir es uns wirklich nicht leisten, so viele gut ausgestattete Krankenhausstandorte zu haben wie vor 50 Jahren? Warum können wir nicht lebensnotwendige Produktionen und Dienstleistungen auf kommunaler oder regionaler Ebene im Sinne einer Grundversorgung unterstützen, ja, gegebenenfalls auch mit Steuermitteln, wenn wir «systemrelevante» Banken mit Milliarden unterstützen konnten? Das sind Fragen an die Politik, also indirekt an uns Bürger. Und warum müssen wir unsere Waren zunehmend aus irgendeinem Zentrallager von einem Weltkonzern anliefern lassen, während gleichzeitig Einzelhandelsgeschäfte in unserer Nähe Insolvenz anmelden? Das ist eine Frage an uns Bürger direkt.

Wir entscheiden (mit) darüber, wie unser Wirtschaftsleben organisiert ist. Es sind politische Entscheidungen, ob dezentrale Strukturen für die Versorgung mit «zentralen» Gütern unterstützt oder eben gestört werden. Zurzeit werden Tendenzen zur Dezentralisierung und entsprechend «niederschwelliger» Selbstbestimmung propagandistisch grundsätzlich als «Abschottung» abgewertet, mit bösamem Nationalismus in einen Topf geworfen und dem sowieso gestrigen Föderalismus untergeordnet. Das ist das angesagte «Narrativ». Dass es die Aufgabe des Staates ist, seine Bürger zu schützen und in Freiheit leben zu lassen, ist in den Augen dieser Erzähler fast schon eine Menschenrechtsverletzung, weil dabei ja alle Nicht-Staatsbürger ausgeschlossen seien...

Dabei wäre die dezentralere Organisation im Interesse aller: Politische Entscheidungsebenen wären bürgernäher, und Produktion und Handel existenzieller Güter wären wesentlich flexibler. Wenn an einer Stelle Mangel entsteht, kann ein Nachbar, der selbst über «systemrelevante» Produkte und Dienstleistungen

gen verfügt, rasch helfen. Bei einem zentralisierten Versorgungssystem dagegen, welches selbst für Grundleistungen nur noch auf die internationale Arbeitsteilung vertraut, bricht viel mehr auf einmal zusammen; der nächste zur Hilfe fähige «Nachbar» ist weit entfernt und schnell überlastet, wenn von allen Seiten zusätzliche Nachfrage kommt. Und wenn er sowieso schon auf den Standard-, aber nicht auf den Ausnahmefall zurück«optimiert» wurde. Abschottungsängste und Wagenburgmentalität können dem angedeuteten Vorschlag nur von dem unterstellt werden, der selbst ein entsprechend schlechtes Menschenbild hat. Tatsächlich erleben wir ja gerade in der Corona-Krise, dass selbständige und gesunde Nachbarn den anderen gerne helfen, wo sie können. Das ist die menschliche Natur. Diese Hilfe gelingt um so besser, je mehr wichtige Kompetenzen breit an vielen Orten verteilt sind, nicht in weit auseinander liegende und maximal profitable Zentren zersplittert.

Das berührt übrigens auch die unmittelbaren sozialen Beziehungen. In funktionsfähigen und einigermassen überschaubaren Einheiten sind die internen sozialen Beziehungen direkter; die Menschen kennen sich untereinander besser. Es ist ein Unterschied, ob ich mit meinem Metzger oder Bäcker reden kann oder ob ich meine Wurst und mein Brot aus einem riesigen Regal hole oder gar «vom Internet» anliefern lasse. Persönliche Bekanntschaft hilft selbst dann, wenn Ansteckungsgefahr besteht. Man verständigt sich und weiss mehr übereinander – mehr und vor allem Wichtigeres als man sich in stundenlangen Facebook-Chats mitteilen kann.

Eine dezentralere Wirtschaftsorganisation für grundlegende Dienste und Güter führt nicht nur zu mehr Flexibilität in der Krise, sondern auch zu mehr Gerechtigkeit im Normalfall: Existenziell unabhängige Einheiten sind nicht so leicht zu schwächen, und sie haben oft selbst weniger Ambition, andere zu schwächen.

Der politische Wille, solche Strukturen zu unterstützen oder überhaupt zu schaffen, verlangt ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik und kann Entscheidungen entgegen wirtschaftlicher «Vernunft» erfordern – sofern diese Vernunft nur den kurzfristigen Profit meint. Gestaltungswillen für eine gemeinwohlorientierte, gerechte, versorgungssichere, also für zentrale Leistungen dezentrale Wirtschaftsstruktur braucht Politiker, die sich nicht damit zufriedengeben, selbst von den stärksten Lobbyisten «gestaltet» zu werden. Zuerst braucht es deshalb Bürger, die solche Politiker hervorbringen. Das wäre die Selbstverwirklichung einer souveränen Bürgerschaft. •

Ein Blick nach Frankreich

«Laut einer am Montag veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Odoxa wünschen sich rund 9 von 10 Befragten eine Renationalisierung der Industrie und der Nahrungsmittelversorgung – selbst wenn das die Preise erhöhe. Für mehr als die Hälfte ist dies zudem die wichtigste Konsequenz, die aus dieser Krise gezogen werden muss.»

Quelle: «Neue Zürcher Zeitung» vom 15.4.2020

«Schutz der Gesundheit und...»

Fortsetzung von Seite 4

und bisherige Vorleistungen für deutsche Unternehmen erschweren. So gibt es deutsche Unternehmen, zum Beispiel in der Automobilindustrie, die in den eigenen Werkhallen durchaus in der Lage sind, angemessen mit den Ansteckungsgefahren durch das Corona-Virus umzugehen, die aber trotzdem derzeit nicht produzieren können, weil Zulieferer ausgefallen oder aber Kundenstämme weggebrochen sind. Den anderen Ländern beizustehen dient auch deshalb dem eigenen Land.

Es gilt also, Wege zu finden, auch in Zeiten der Corona-Pandemie so zu wirtschaften, dass Gesundheit und Leben aller Mitarbeiter und Kunden optimal geschützt werden. Unternehmensverbände wie der *Deutsche Industrie- und Handelskammertag* (DIHK) haben Internetseiten eröffnet, wo sich Unternehmen über viele Fragen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie informieren können.⁸ Das wäre auch eine Möglichkeit, über praktische Beispiele zu informieren, was Unternehmen tun können, um den Betrieb wieder aufzunehmen beziehungsweise aufrechtzuerhalten und gleichzeitig Gesundheit und Leben zu schützen.

Fazit: Verantwortungsbewusst handeln heisst auch eigenständig denken

Jeder wünscht sich, dass die das Wirtschaftsleben einschränkenden Massnahmen so

schnell wie möglich zurückgenommen werden können. Und es ist auch nicht zwangsläufig so, dass es einen Konflikt zwischen dem Schutz von Gesundheit und Leben und dem wirtschaftlichen Erfolg geben muss. Die deutsche *Nationale Akademie der Wissenschaften* (Leopoldina) hat am 13. April ihre nun schon dritte, 18 Seiten umfassende Ad-hoc-Stellungnahme zur Corona-Pandemie mit dem Titel «Corona-Virus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden» veröffentlicht.⁹ Die Leopoldina berät die deutsche Bundesregierung. Auch sie schreibt: «Optimaler Gesundheitsschutz und die alsbaldige Wiederaufnahme des gegenwärtig weitgehend stillgelegten gesellschaftlichen Lebens stehen nicht prinzipiell in Spannung zueinander, sondern bedingen sich wechselseitig.»

Ob die konkreten Empfehlungen der Leopoldina diesen Anspruch erfüllen, mag hier offenbleiben. Auch bei diesem hochkarätigen Beratergremium erkennt man nicht nur alternativlose politische Stossrichtungen (zum Beispiel mit dem Plädoyer für eine forcierte Digitalisierung im Bildungswesen oder für eine Neustrukturierung der Wirtschaft in Richtung «European Green Deal»), die jeder Bürger auch in Frage stellen darf. Die Forderung an alle Bürger, verantwortungsbewusst mitzuwirken, schliesst nämlich das eigenständige Denken mit ein. Und solche Gedanken können auch in die folgende Richtung gehen:

Sehr wahrscheinlich hängt es auch von der Art und Weise ab, wie wir künftig wirtschaften wollen, damit es Konflikte zwischen dem Schutz von Leben und Gesundheit und unserer Wirtschaftsweise nicht mehr gibt. Wann kann man sagen, dass eine Wirtschaft erfolgreich ist? Hängt es nur von Umsätzen, Wachstumsraten und internationalen Verflechtungen ab? «Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen», so heisst es in Artikel 14 des deutschen Grundgesetzes. Dass das Wohl der Allgemeinheit nicht mehr gewahrt ist, wenn Gesundheit und Leben nicht mehr geschützt werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Corona-Pandemie kann ein sicher bitterer Anlass sein, über den bisherigen Tellerrand hinauszublicken. •

¹ Wenn im Zusammenhang mit der Covid-19-Erkrankung von «Risikogruppen» gesprochen wird, dann geht es um statistisch erfasste Wahrscheinlichkeiten einer Ansteckung mit einem schweren Krankheitsverlauf, und dies nach bisherigem, recht unvollkommenem Wissensstand. Niemand kann garantieren, dass eine Ansteckung mit dem Corona-Virus nicht auch für Menschen, die nicht zu einer der Risikogruppen gehören, zu einer schweren Erkrankung führen oder sogar tödlich enden kann. Ist es deshalb nicht für jeden Menschen geboten, eine Ansteckung mit dem Virus tunlichst zu vermeiden?

² Die «Aachener Zeitung» berichtete am 9. April 2020, dass in Deutschland die Anzahl der Betriebe, die Kurzarbeit in Folge der Corona-Pandemie angemeldet haben, auf 650 000 gestiegen sei, am 27. März seien es erst 470 000 Betriebe gewesen. Schätzungen

gehen davon aus, dass die Zahl der Kurzarbeiter im Jahresverlauf auf 6 Millionen ansteigen könnte.

³ Einen Überblick für Deutschland bietet zum Beispiel der Text des Bundesfinanzministeriums «Fragen und Antworten zum Milliarden-Schutzschild für Deutschland» vom 6. April 2020 (<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/2020-03-13-Corona-FAQ.html>). Anders als in der Schweiz können in Deutschland Kleinunternehmen mit bis zu 5 Beschäftigten bis zu 9000,- Euro und mit bis zu 10 Beschäftigten bis zu 15000,- Euro einmaliger und nicht rückzahlbarer Soforthilfen beantragen. Die Höhe der Leistungen richtet sich nach den Monatsumsätzen im Jahr 2019. Hierfür werden insgesamt 50 Milliarden Euro bereitgestellt.

⁴ <https://de.statista.com/statistik/studie/id/71344/dokument/auswirkungen-des-coronavirus-auf-die-wirtschaft/>

⁵ Die 17 Seiten umfassende Studie hat den Titel «Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen» und ist als Datei auf der Internetseite *FragDenStaat* (<https://fragdenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/>) zu finden.

⁶ https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2020/IW-Report_2020_Konjunkturstudien_KW14.pdf vom 7.4.2020

⁷ «Was bedeutet Covid-19 für Familienunternehmen?»; <https://www.pwc.de/de/mittelstand/was-bedeutet-covid-19-fuer-familienunternehmen.html> vom 13.3.2020

⁸ <https://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/coronavirus/faq-19594>

⁹ https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2020_04_13_Coronavirus-Pandemie-Die-Krise_nachhaltig_%C3%BCberwinden_final.pdf

Corona-Krise: Wir dürfen wieder in die Zukunft schauen

Schrittweise Lockerungen in der Schweizer Wirtschaft in Aussicht

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Am 8. April hat Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga eine langsame Öffnung des Wirtschaftslebens ab Ende April in Aussicht gestellt, wobei selbstverständlich auch künftig die Gesundheit der Bevölkerung im Zentrum steht. Im Sendegefäss «Fokus KMU» vom 6. April sprachen der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands (SGV), Hans-Ulrich Bigler, und der Chefökonom der UBS, Daniel Kalt, über die heutige Situation der KMU und der erwerbstätigen Bevölkerung in der Schweiz und stellten erste Überlegungen zu einem «Smart Restart» der Wirtschaft an. Eine ganze Anzahl von Branchenverbänden des SGV hat dem Bundesrat Projektentwürfe für eine kontrollierte Wiedereröffnung ihrer Geschäfte eingereicht, unter Einhaltung der vorgeschriebenen Distanz- und Hygienemassnahmen. Das ist sinnvoll, denn die Fachleute in den verschiedenen Branchen kennen ihre Arbeitssituation, die möglichen Beschränkungen der direkten Kontakte und die heiklen Punkte am besten.

Es soll also langsam wieder aufwärts gehen. Bevor wir uns mit den genannten Stellungnahmen und Konzepten befassen, welche die Schweizer Wirtschaft wieder in Gang bringen sollen, ist ein mitmenschliches Innehalten am Platz. Wir Schweizer sind in der glücklichen Lage, bereits wieder nach vorne planen zu dürfen. Das verdanken wir zum Teil dem gut funktionierenden Schweizer Modell, das vom Volk aufgebaut und auch in schwierigen Zeiten gemeinsam getragen wird, zum Teil aber auch glücklichen Umständen in Geschichte und Gegenwart. Wie auch immer – wir haben allen Grund, dankbar zu sein und auch an andere zu denken. Wenn es in der Welt um uns herum brennt, wenn in manchen Ländern Abertausende von Kranken nicht die lebensnotwendige Pflege erhalten können und elendig sterben, dann sollten wir Schweizer über unseren Tellerrand hinausschauen und unsere humanitäre Verpflichtung gegenüber unseren Mitmenschen wahrnehmen.

Vor Ostern mahnte Bundespräsidentin Sommaruga vor den Medien, dass die bisherigen Massnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie zwar Wirkung zeigen, aber dass wir noch lange nicht am Ziel sind.

Schrittweise Lockerungen – aber kein Ausspielen der Wirtschaft gegen die Gesundheit

Folgende zwei Beschlüsse gab der Bundesrat an der Medienkonferenz vom 8. April 2020 bekannt:

1. Die bisherigen Massnahmen werden bis am 26. April weitergeführt.
2. Der Bundesrat hat das Departement des Inneren beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung ein Konzept zu erarbeiten, wie diese Lockerungen etappenweise aus-

gestaltet werden. Der Bundesrat wird das Konzept an seiner nächsten Sitzung vom 16. April beraten und am 17./18. April wieder vor die Medien treten. Erste Lockerungen sollen bereits vor Ende April erfolgen können.

Bundespräsidentin Sommaruga hält klar fest: «Bei diesem Konzept geht es nicht darum, die Gesundheit gegen die Wirtschaft auszuspielen. Wie bisher wird der Bundesrat auch in Zukunft die Gesundheit der Bevölkerung ins Zentrum stellen.» Nur dort, wo die Gesundheit gesichert ist, will der Bundesrat Lockerungen erlauben, um die wirtschaftlichen Schäden möglichst tief zu halten.

Würdigung der Unterstützungs-massnahmen des Bundes durch Vertreter der Wirtschaft

In «Fokus KMU» vom 6. April würdigte Hans-Ulrich Bigler, alt Nationalrat FDP und Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, sowie Daniel Kalt, Chefökonom Schweiz der UBS, das Massnahmenpaket des Bundesrates als sehr wirksame Soforthilfe für die KMU und die Arbeitnehmer.¹ Die Botschaft des Gewerbes, dass «500 000 KMU too many to fail sind», sei beim Bundesrat angekommen, so Bigler. Im internationalen Vergleich sind die Massnahmen gemäss Daniel Kalt sehr effizient, vor allem die Kurzarbeitsentschädigungen sind ein wirkungsvolles Instrument, um hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern. Im Gegensatz dazu seien zum Beispiel in den USA mit der dortigen Hire-and-Fire-Mentalität innert zwei Wochen zehn Millionen Leute auf die Strasse gestellt worden.

Beide Gesprächsteilnehmer wiesen aber darauf hin, dass wir alle bald eine Perspektive für eine allmähliche Wiederbelebung der Wirtschaft benötigen, selbstverständlich Hand in Hand mit der Gesundheitspolitik. 25 % der Beschäftigten sind im Status der Kurzarbeit, die Arbeitslosigkeit steigt, viele Firmen haben keine Einnahmen, müssen aber weiter die Fixkosten bezahlen. Die vom Bund garantierten Kredite müssen nach der Krise zurückbezahlt werden: «Das ist auch richtig so», bemerkt Hans-Ulrich Bigler, aber dieses Geld werde den Betrieben dann für notwendige Investitionen fehlen.²

Die von Bigler und Kalt gewünschte Perspektive zur schrittweisen Normalisierung der Wirtschaft, unter Einbezug der epidemiologischen Lage, hat der Bundesrat zwei Tage nach diesem Gespräch angekündigt und am 16. April konkretisiert (siehe Kasten).

Keine Kosten-Nutzen-Rechnung, wenn es um Menschenleben geht

In der Fokus-KMU-Gesprächsrunde brachte die Moderatorin auch die Frage der Verhältnismässigkeit der heute geltenden strengen Einschränkungen der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit auf. Claudia Stein-

mann: «[...] die Diskussion über die Verhältnismässigkeit und die Kosten-Nutzen-Abwägung, die bei den Ökonomen immer gemacht wird, lässt man irgendwie nicht oder noch nicht zu.» Dazu Daniel Kalt: «Ja, man scheut sich natürlich in einem gewissen Mass um diese ethisch heikle Frage. De facto machen wir [gemeint sind die Ökonomen, mw] das: Wir wägen Menschenleben ab gegen wirtschaftlichen Schaden, und über so etwas spricht niemand gern.» Hier kommt zum Ausdruck, dass derlei Kosten-Nutzen-Denken wohl nicht seine Sache ist. Allerdings ist Daniel Kalt zu widersprechen, wenn er hinzufügt, der Bundesrat stehe hier in einer «ganz schwierigen Güterabwägung», denn er müsse darüber entscheiden, wieviel wirtschaftlichen Schaden wir zulassen sollen, um Menschenleben zu retten.

Eine derartige Entscheidung darf der Bundesrat nie und nimmer treffen. Vielmehr hat Frau Sommaruga am 8. April klar gesagt, was an erster Stelle stehen muss, nämlich die Gesundheit der Bevölkerung. Wir Bürger werden den weiteren Verlauf genau beobachten und Politik und Wirtschaft darauf verpflichten.

Branchenverbände bereiten sich auf die Wiederaufnahme ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit vor

In seiner Medienmitteilung vom 6. April fordert der Schweizerische Gewerbeverband SGV einen «Smart Restart» der Wirtschaft, das heisst, «die Mehrheit der Bevölkerung soll, abhängig von der epidemiologischen Lage, schrittweise die gewöhnlichen Tätigkeiten wieder aufnehmen». Dies verbunden mit entsprechenden gesundheitspolitischen Tests und Kontrollmassnahmen.³ Spannend zu lesen sind die ersten konkreten Entwürfe von Branchenverbänden, welche diese dem Bundesrat eingereicht haben. Der Gewerbeverband stellt sie bereits am folgenden Tag vor und verlangt, «dass Branchen mit verstärktem Kundenkontakt selber geeignete Massnahmen aufzeigen können, welche es ihnen ermöglichen, den Gesundheitsschutz der Kundinnen und Kunden sowie der Mitarbeitenden einhalten zu können.»⁴ Der Bundesrat wird vermutlich nichts dagegen haben, sondern im Gegenteil auf die praktische Mithilfe des Gewerbes angewiesen sein, um handeln zu können.

Werfen wir einen Blick hinein in die ersten anschaulichen Konzepte von seiten der Branchenverbände.

Beispiel Sportfachgeschäfte

Der Branchenverband ASMAS fordert in seinem Projektpapier, dass die Sportgeschäfte und -anlagen schnellstmöglich geöffnet werden, damit die übervollen saisonalen Warenlager abgebaut werden können. Vor allem «sommerlastige Betriebe haben ein massives Liquiditätsproblem. Neben den Lohn-, Miet-

und anderen laufenden Kosten drücken die offenen Rechnungen für die Saisonlieferungen, welche 6–8 Monate im voraus bestellt werden mussten, im Moment am meisten.»⁵ Das heisst, die Unternehmen müssen jetzt in grossem Umfang Waren bezahlen, von denen sie im besten Fall noch einen kleinen Teil verkaufen können. Denn ob die Sportanlagen bald geöffnet werden können, ist heute noch offen.

Die Sportgeschäfte haben den Vorteil, dass sie die meisten Lösungsvorschläge von den Lebensmittelläden übernehmen können, etwa die Festlegung, wie viele Personen (Mitarbeiter und Kunden) pro Quadratmeter Verkaufsfläche zugelassen werden, oder den Einsatz von Desinfektionsmitteln und Schutzeinrichtungen im Kassenbereich sowie die Staffelführung der Pausen der Mitarbeiter.

Zusätzlich sind in Sportgeschäften gemäss Projektpapier die Umkleidekabine «regelmässig» zu desinfizieren. (Anmerkung: Korrekt müsste es heissen «nach jedem Kunden»). Ähnliche Lösungen sind auch für die Kleidergeschäfte zu definieren.

Frage des Verbands zum Schluss: «Sind Einweghandschuhe, Schutzmasken, Baseballcaps mit Faceschild Vorschrift?»⁵ Kommentar: Diese Massnahmen müssen zum Schutz von Mitarbeitern und Kunden für alle Branchen erwogen werden.

Beispiel Auto-Verkauf

Der Auto Gewerbe Verband Schweiz AGVS stellt in seinem Verkaufskonzept einerseits auf telefonische und Online-Beratung sowie Vorstellung der Autos via Skype ab, andererseits auf strenge Massnahmen beim unerlässlichen Kontakt zwischen Verkäufer und Kunden im Verkaufsprozess. Die Fachleute des Verbandes haben alles Erdenkliche einbezogen: die beschränkte Anzahl von Kunden im Verkaufsraum (mit Voranmeldung) oder auf dem Occasionsplatz; geschlossene Fahrzeuge, die für eine Besichtigung vom Verkäufer mit desinfiziertem Schlüssel geöffnet werden; Einmal-Lenkradschoner und weiteres Schutzmaterial sowie Einweg-Handschuhe für Besichtigung und Probefahrt; danach Desinfektion des gesamten Innenraums. Die Einführung vor der Probefahrt soll mit der notwendigen Distanz oder per Video erfolgen.⁶

Beispiel Coiffeurbetriebe

CoiffureSUISSE, der Verband Schweizer Coiffeurgeschäfte, hat es naturgemäss schwerer als der Sport- oder Autohandel, Lösungen zu finden, ist doch der direkte Körperkontakt zwischen Coiffeur und Kunde unvermeidbar. Um so froher sind die Coiffeure, dass sie ihre Geschäfte nun doch bald wieder öffnen

Fortsetzung auf Seite 7

Schrittweise Öffnung von Betrieben und Schulen

Medienkonferenz des Bundesrates vom 16. April 2020

mw. Der Bundesrat hat über erste Lockerungen entschieden, weil die Massnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus wirken, die Ausbreitung des Virus gebremst ist und die Spitäler zurzeit nicht überlastet sind. Geplant sind schrittweise Lockerungen mit dem Ziel, einen raschen Wiederanstieg von Infektionen zu vermeiden. Die betroffenen Branchen erhalten eine Perspektive und die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Aber: Den Entscheid über die weiteren Etappen fällt der Bundesrat laufend auf Grund der jeweiligen gesundheitlichen Lage.

Drei Phasen:

- Ab dem 27. April 2020 können Spitäler wieder sämtliche, auch nicht-dringliche Eingriffe vornehmen. Coiffeursalons, Baumärkte, Gartencenter, Blumenläden und Gärtnereien können wieder öffnen. Die Sortimentsbeschränkungen in Lebensmittelläden werden aufgehoben.
- Am 11. Mai 2020 werden die obligatorischen Schulen und die Läden wieder geöffnet – wenn es die Lageentwicklung

zulässt. Den Entscheid darüber will der Bundesrat am 29. April fällen.

- Ab dem 8. Juni 2020 sollen Mittel-, Berufs- und Hochschulen sowie Museen, Zoos und Bibliotheken wieder öffnen, wenn die Situation es erlaubt. Genauer wird der Bundesrat am 27. Mai beschliessen.
- Über weitere Etappen hat der Bundesrat noch keine Beschlüsse gefasst. Die Öffnung der Restaurants wird vermutlich länger dauern. Ab wann grössere Veranstaltungen wieder möglich sein werden, entscheidet der Bundesrat in einer seiner nächsten Sitzungen.

Zwei wichtige Voraussetzungen

1. Bevor Läden öffnen, müssen sie ein überzeugendes Schutzkonzept vorlegen, das aufzeigt, wie die Kunden und die Angestellten geschützt werden.
2. Es soll unbedingt verhindert werden, dass es zu einem Rückschlag kommt. Was wir dank der Unterstützung der Bevölkerung erreicht haben, darf nicht gefährdet werden. Deshalb bittet der Bundesrat die Be-

völkerung, sich weiterhin an die Distanz- und Hygienemassnahmen zu halten.

Vom Notrecht zurück zur ordentlichen Rechtsetzung

Auf die Frage nach neuem Notrecht hält Bundespräsidentin Sommaruga fest, dass der Bundesrat langsam aus der ausserordentlichen Lage herauskommen und möglichst wenig neues Notrecht beschliessen, sondern die Überführung ins ordentliche Recht planen will. Alle Notverordnungen sind befristet, zum Teil auf sechs, zum Teil auf drei Monate. Die parlamentarischen Kommissionen beginnen zu tagen, am 4. Mai beginnt die Sondersession des Parlaments, im Juni folgt die Sommersession. Es geht um politische Entscheide von grosser finanzieller Tragweite und auch um Eingriffe in die Grundrechte der Menschen. Nun sollen die Entscheide wieder so gefällt werden, wie das in unserem Land üblich ist, vom Parlament oder sogar von der Bevölkerung.

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls

Texte zu kürzen.

© 2020 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Aus-

zügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von

Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung

der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Auf jeden Fall kein «Weiter so...»

Die Corona-Pandemie: Anlass zum Umdenken

von Dr. phil. Winfried Pogorzelski

Das Corona-Virus hat seit dem vergangenen Dezember nicht nur China, sondern inzwischen die ganze Welt gewissermassen kalt erwischt. Wer hat schon damit gerechnet, dass die Pandemie uns in diesem Masse heim sucht, dass unser gesellschaftliches Leben für Wochen, wenn nicht Monate regelrecht stillstehen muss? Dennoch: Es gab untrügliche Zeichen und Vorboten; inzwischen ist man sich über alle Grenzen hinweg einig, dass die Pandemie eine Zäsur ungeahnter Wucht ist, nach der vieles, wenn nicht alles nicht mehr so ist wie zuvor.

Vorbote «Sars»

In den Jahren 2002 und 2003 verbreitete sich, ausgehend von China, die erste Pandemie des 21. Jahrhunderts in der ganzen Welt, die das schwere akute Atemwegssyndrom (englisch: severe acute respiratory syndrome, Sars) hervorrief und von der WHO im Mai 2004 für besiegt erklärt wurde. Gut 8000 Fälle traten weltweit auf, knapp 800 Tote standen 7200 Genesenen gegenüber.¹

Planspiele in der Schweiz...

Unter anderem dieses Ereignis mag Verantwortliche dazu bewogen haben, Szenarien durchzuspielen, um in Zukunft besser gerüstet zu sein, so zum Beispiel in der Schweiz und auch in Deutschland. Alle 26 Kantone waren involviert, als es 2014 hiess, ein neuartiges, aus Zentralasien stammendes Grippevirus mit einer hohen Letalitätssrate verbreite sich in Windeseile über den Globus. Diese Übung zeigte, dass die Vorsorgeplanungen nicht auf dem neuesten Stand waren. Ein neuer nationaler Pandemieplan wurde entwickelt, als aber im Mai 2018 der Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) Guy Parmelin nachfragte, wie gut die Kantone diesbezüglich inzwischen organisiert seien, stellte sich heraus, dass sie ihre Hausaufgabe nicht gemacht hatten. Als Viola Amherd im Januar 2019 das VBS übernahm, standen andere Aufgaben ganz oben auf der Prioritätenliste: die Abwehr des internationalen Terrorismus und die Beschaffung neuer Kampfjets. Dann breitete sich die Corona-Pandemie in einem Tempo aus, mit dem nie-

mand gerechnet hatte. Es galt die Annahme, in der globalisierten Weltwirtschaft könnten in nützlicher Frist nötige Grundstoffe wie Ethanol und Produkte der Medizinaltechnik wie Gesichtsmasken importiert werden. Doch dann standen die hierfür zuständigen Kantone vor dem Problem von Lieferengpässen. Das heisst, die Pläne waren vorhanden; es haperte aber an deren Umsetzung, weil zur Zeit der Übung und danach erstens die Spitalplanung, die sich mit Überkapazitäten und steigenden Gesundheitskosten beschäftigen musste, und zweitens die ständig steigenden Krankenkassenprämien im Vordergrund standen.²

... und in Deutschland

Desgleichen in Deutschland: Eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Analyse von 2013 ging von wesentlich drastischeren, eigentlich unrealistischen Bedingungen aus, als wir sie momentan bei der Corona-Pandemie vorfinden: Alle Altersgruppen sind in dem Modell im gleichen Ausmass betroffen, und die Mortalitätsrate liegt wesentlich höher. Deshalb wird ausdrücklich betont, dass der Realitätsgehalt dieses Szenarios begrenzt sei. Was die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen angeht, ähneln die Entwicklungen denjenigen, wie wir sie jetzt erleben: Die Börsenkurse sinken dramatisch, ganze Wirtschaftszweige sind mit einem regelrechten Kollaps konfrontiert, die Staaten investieren Milliardenbeträge, die EU steht vor einer Zerreihsprobe, weil die wirtschaftlich angeschlagenen Länder Italien und Spanien sich vom reicheren Norden im Stich gelassen fühlen. Die betroffenen Länder sind mit massiven Lieferengpässen von Medizinalprodukten konfrontiert.³

Epidemien wird es immer geben: Was tun?

Die WHO registriert jedes Jahr weltweit etwa 200 Epidemien. Ständig besteht die Gefahr, dass eine von ihnen zur Pandemie mit unabsehbaren Folgen für Wirtschaft, Gesundheit und Gesellschaft weltweit wird. Das ist die Realität, der sich die Menschheit jetzt und in aller Zukunft stellen muss.

Verantwortung auf der ganzen Linie von jedem Staat für seine Bürger lautet also die Devise. Was ist konkret zu tun? Die Gesundheitssysteme müssen dergestalt entwickelt werden, dass sie für die drohenden Szenarien besser gerüstet sind. Konkrete Vorschläge für die Schweiz, die auch auf andere Staaten übertragen werden können, stammen u. a. von der Aargauer Gesundheitspolitikerin und CVP-Nationalrätin Ruth Humbel⁴: gründliche Überarbeitung der bestehenden Pandemiepläne und zuverlässige Gewährleistung der Umsetzung im Krisenfall. Die Herstellung wichtiger Medikamente solle, so Frau Humbel mit Nachdruck, wieder vollständig in der Schweiz erfolgen, das heisst natürlich auch kein Verkauf mehr von Firmen ins Ausland, die für die hier sige zuverlässige Gesundheitsvorsorge unerlässlich sind: Das ehemalige Serum- und Impfstoffinstitut Berna Biotech wurde 2006 an eine holländische Firma verkauft.⁵

Ausserdem sind die Pläne zur Reduktion von Spital-Kapazitäten zu überdenken. Sinnbildlich hierfür steht eine Entscheidung des Kantonsspitals Frauenfeld: Der Abbruch des Bettenhochhauses mit 200 Betten (ein entsprechender Neubau wurde errichtet) ist verschoben worden. Oft wehrt sich die Bevölkerung vehement gegen die Schliessung von Regionalspitalern, wie etwa im Mai 2019 in Affoltern am Albis, als fast drei Viertel der Stimmbürger für die Erhaltung des Spitals stimmten. Und nicht zuletzt geht es um Erhalt und Pflege der Schweizer Armee, die Unverzichtbares leistet: Das Grenzwachtkorps hilft bei der Sicherung der Landesgrenze, und Sanitätssoldaten, 8000 an der Zahl, leisten Unterstützung in den Spitälern – ein unverzichtbarer Beitrag in der jetzigen Lage.

Entfesselte Globalisierung kein Heilmittel

Und schliesslich: Endgültige Verabschiedung von der Illusion, dass die Globalisierung ein einziger Segen für die Menschheit sei, da alles für die Weltbevölkerung von Nutzen sei, was sich – vor allem für Global player – auch wirtschaftlich rechnet. Natürlich profitieren nicht nur die Firmen bei den Kosten, wenn sie ihre Waren an Standorten in der ganzen Welt herstellen und sie weltweit vertreiben können. Auch uns Endverbrauchern kommt es entge-

gen, wenn die Preise niedrig und die Konsumgüter nahezu überall erhältlich sind. Aber wir geniessen es auch, wenn wir Produkte kaufen können, die unter Bedingungen hergestellt wurden, die wir kennen und gutheissen können. Mit unserem Kaufverhalten fördern wir gerne die Prosperität unserer Region.

Jeder Staat trägt die Verantwortung für das Wohl und Weh seiner Bürger, für die bestmögliche Gesundheitsvorsorge sowie für die Förderung von medizinischer und pharmazeutischer Wissenschaft. Eine reine Fokussierung auf Wirtschaftlichkeit und Profitorientierung wäre verantwortungslos, momentan und auch in Zukunft.

Entspannung, aber keine Entwarnung

Inzwischen hat sich die Situation etwas entspannt: Die Zahl der Hospitalisierungen wegen Corona-Erkrankungen geht in der Schweiz wie auch in Deutschland zurück. Hierzulande wie in Deutschland gibt es genügend freie Spitalbetten auf Grund vorsorglicher Massnahmen in einer speziellen Situation; die Covid-19-Intensivbetten in Zürich, Basel sowie in den Kantonsspitalern von St. Gallen, Luzern und im Aargau sind nicht ausgelastet.⁶ Knappheit herrscht zum Glück nirgendwo, und das ist gut so. Der Präsident der schweizerischen Spitaldirektoren Rolf Gilgen betont aber, es sei für eine Entwarnung zu früh. Im Falle einer erneuten Ansteckungswelle müssten die Spitäler die Kapazitäten für Corona-Patienten innerhalb von zwei bis drei Tagen wieder hochfahren können.⁷ Dem kann man sich nur anschliessen. •

¹ https://www.who.int/csr/sars/country/table2004_04_21/en/

² «Pandemie-Übung 2014: Die Schweiz war gewarnt»; in: *Aargauer Zeitung* vom 28.3.2020

³ «Das könnte eine Pandemie für Deutschland bedeuten»; in: *Welt online* vom 26.2.2020, <https://www.welt.de/wirtschaft/article206119443/Coronavirus-Das-bedeutet-eine-Pandemie-fuer-Deutschland.html>

⁴ «Aargauer Gesundheitspolitikerin Ruth Humbel: «Musste Vater überzeugen, dass ich einkaufe»; in: *Aargauer Zeitung* vom 30.3.2020

⁵ ebd.

⁶ *Neue Zürcher Zeitung* vom 16.4.2020

⁷ *Aargauer Zeitung* vom 16.4.2020

«Corona-Krise: Wir dürfen wieder in...»

Fortsetzung von Seite 6

können. Zu deren schwieriger Lage schreibt coiffureSUISSE: «Die Coiffeurbranche ist seit dem Berufsverbot ab 17. März faktisch auf 0 heruntergefahren, inklusive die Zulieferbranchen der Industrie. Das Gewerbe mit rund 13 000 KMU und 11 000 offiziellen Arbeitnehmenden arbeitet mit geringen Gewinnmargen und gehört deshalb zu den ersten Leidtragenden dieser neuen BAG-Gesundheitsstrategie des «Lockdown».⁷ Die Schwierigkeit dieses Berufsstandes, bei geringem Ertrag Reserven bilden zu können, ist nachvollziehbar. Die meisten Betriebe haben Bürgschaftskredite des Bundes beantragt, praktisch alle selbständigen Coiffeure beziehen Erwerbsersatz-Tagelder (allerdings nur für begrenzte Zeit), die Angestellten Arbeitslosengelder oder – sofern ihnen noch nicht gekündigt wurde – Kurzarbeitsentschädigungen.

Für eine erste Phase schlägt der Verband vor, dass Personen aus Risikogruppen nicht bedient werden sollen. Der Coiffeurverband bietet den Mitgliedern die Abgabe von Schutz- und Desinfektionsmitteln an. Neben vielen Schutz- und Hygienemassnahmen wird eine ganze Reihe weiterer Überlegungen aufgelistet, zum Beispiel, dass die Kunden eigene Zeitschriften mitbringen und ihre Jacken an der Garderobe selbst aufhängen sollen (Punkt 9).

Tatsächlich gibt es bei der Tätigkeit der Coiffeure einige Problemstellen: So ist der Geschäftsinhaber verantwortlich für die Abweisung von älteren Kunden (Punkt 6.2) – in der Praxis wohl nicht so einfach. Und auch mit guten Schutzvorrichtungen bleibt die spezielle Situation, dass sich Coiffeur und Kunde über längere Dauer sehr nahe sind und

dass direkter Körperkontakt besteht – ähnlich wie beim Zahnarzt, den die Menschen zurzeit nur in Notfällen aufsuchen, zum Beispiel nicht zur Routine-Zahnhygiene.

Wer kontrolliert die Einhaltung der von den Branchen vorgeschlagenen Massnahmen?

Die hier vorgestellten Konzepte der Branchen, vor allem im Verkauf, wirken gut durchdacht und scheinen einen guten Schutz der Menschen zu ermöglichen. Inzwischen sind weitere Vorschläge hinzugekommen: aus dem Detail-, Foto- und Schuhhandel, von den Fahrlehrern und der Fitnessbranche.⁸

Ein grosser Teil der KMU und der Erwerbstätigen ist heute in einer äusserst schwierigen wirtschaftlichen Situation, das kann niemanden unberührt lassen. Trotzdem bleibt die offene Frage: Wie soll überprüft werden, dass alle die Betriebe, die verständli-

cherweise wieder auf den Markt drängen, die strengen Hygiene-, Schutz- und Abstandsregeln auch wirklich einhalten? Besteht nicht die Gefahr, dass im Trubel des Alltags manche Vorkehrung, welche die gewohnten Arbeitsabläufe umständlicher und unbequemer macht, mal rasch ausgelassen wird? Erstes Ziel muss nach wie vor der Gesundheitsschutz der ganzen Bevölkerung sein. Ist es an uns Bürgern, auf Schwachstellen in der Praxis oder auf zu wenig konsequente Umsetzung der Konzepte aufmerksam zu machen? Oder braucht es eine vertiefte Diskussion unter der Bevölkerung, damit wir uns alle des Ernstes der Lage noch bewusster werden? •

¹ «Fokus KMU. Die Sendung für Wirtschaft und Gesellschaft». Redaktion: Corinne Aeberhard, Schweizerischer Gewerbeverband sgv. Moderation: Claudia Steinmann, *Tele Züri* vom 6.4.2020

² «Fokus KMU. Die Sendung für Wirtschaft und Gesellschaft». Redaktion: Corinne Aeberhard, Schweizerischer Gewerbeverband sgv. Moderation: Claudia Steinmann, *Tele Züri* vom 6.4.2020

³ «Exit-Strategie aus der Corona-Krise: «Smart Restart»», *Medienmitteilung SGV* vom 6.4.2020

⁴ «Exit-Strategie aus Corona-Krise: Branchen zeigen, wie «Smart Restart» geht», *Medienmitteilung SGV* vom 7.4.2020

⁵ ASMAS Sportfachhandel Schweiz. *Vorläufiges Projektpapier* vom 7.4.2020 (ASMAS pb)

⁶ Auto Gewerbe Verband Schweiz AGVS. *Covid-19-Massnahmen im Automobil-Verkaufsprozess. Version 1.1* vom 7.4.2020

⁷ CoiffureSUISSE, Verband Schweizer Coiffeurgeschäfte. *Einführungskonzept Covid-19 Phase X+1* vom 7.4.2020

⁸ «SGV fordert einen «Smart Restart» mit Startschuss am 27. April», *Medienmitteilung des SGV* vom 15.4.2020

Corona-Krise und Abkehr von einer ungezügelter Globalisierung

mw. In einem kürzlich veröffentlichten Zeitungskommentar legt Daniel Kalt, Chefökonom der UBS – eines globalisierten Riesenkonzerns par excellence – interessanterweise die Schädlichkeit der Globalisierung mit deutlichen Worten offen. Im 21. Jahrhundert habe die Menschheit bereits mehrmals erleben müssen, dass die «Globalisierung zu einem systemrelevanten Risiko geworden» sei. Kalt nennt als erstes die von den USA ausgehende Finanzkrise von 2007/2008, die auf Grund der enormen Vernetzung im Finanzsystem beinahe zu dessen Kollaps geführt hat. Ein gutes Jahrzehnt später hätten die weltweiten drastischen Eindämmungsmassnahmen infolge des Sars-CoV-2-Virus zu einer «extrem synchronen und tiefen globalen Rezession» geführt. In der Folge habe sich vor allem in

den westlichen Industriestaaten «in weiten Bevölkerungskreisen die Einsicht durchgesetzt, dass eine ungezügelter Globalisierung durch den fast ungehinderten weltweiten Austausch von Kapital, Gütern, Dienstleistungen, Know-how und vor allem Arbeitskräften in der weniger gut ausgebildeten Arbeitsbevölkerung mehr Verlierer als Gewinner generiert.»

Kalt weist darauf hin, dass die Regierungen vieler Nationen in den letzten Jahren wieder stärker ihre nationalen Interessen und den Schutz ihrer eigenen Produktion in den Vordergrund stellen (zum Beispiel America-First-Doktrin, Brexit, Handelsstreit USA-China).

Die Corona-bedingte Schockwelle habe nun auch in vielen Unternehmen zu einem zunehmenden «Bewusstsein für die enor-

men Abhängigkeiten in einer globalisierten Lieferkettenstruktur» geführt. Hier treffen sich schliesslich die Forderungen von Globalisierungskritikern mit ursprünglich unterschiedlichen Motiven: «Hand in Hand mit einer lokaleren Produktion gehen auch die Anliegen jener Kreise, die eine verstärkte Nachhaltigkeit in unserem Wirtschaftssystem fordern.»

Es ist erfreulich und für jeden kritischen Zeitgenossen ermutigend, dass es auch als Ökonom im Dienst einer globalisierten Grossbank möglich ist, sein unabhängiges Denken zu bewahren und öffentlich zu äussern.

Quelle: Daniel Kalt, Chefökonom der UBS Schweiz. «Was wird dereinst in den Geschichtsbüchern zu den Folgen der Corona-Krise stehen? Ein Gastbeitrag.», in: «St. Galler Tagblatt» vom 2.4.2020

Das Schulzimmer – Resonanzraum oder Digitalareal?

von Carl Bossard

Homeoffice heisst die neue Betriebsform, auch in den Schulen. Unterricht erhält einen digitalen Schub. Die Euphorie ist gross; vergessen geht, dass Bildung auch Beziehungsgeschehen ist. Zeit für eine pädagogische Reflektion.

Die Nonstop-Gesellschaft ist unerwartet ins Stottern und Stocken gekommen, in vielem gar zum Stillstand. Auch der Präsenzunterricht steht still. Angesagt sind sogenannte «Corona-Ferien». Die rund 1,3 Millionen Schulkinder in der ganzen Schweiz sollen aber weiterhin für die Schule lernen oder sogar fast wie in der Schule, ohne aber in die Schulstube zu kommen. Sie arbeiten zu Hause, betreut und begleitet von ihren Lehrerinnen und Lehrern – über digitale Kanäle mit Informationstexten, Arbeitsaufgaben oder Push-Nachrichten, über ganze Webseiten oder Apps, beim Videocall, mal über postalisch versandte Unterlagen, mal per gutes altes Telefon oder gar mit Einzelgesprächen im Schulhaus.

Lernen erfordert positive Beziehungen

Der flächendeckende Fernunterricht ist ein unerforschtes Gelände. Erfahrungen gibt es wenig. Entsprechend unterschiedlich funktioniert er – vielerorts optimal, da mal besser, dort mal weniger gut, hier und da vielleicht gar nicht. «Beim Fernunterricht überzeugten nicht alle Lehrer», titelte darum die *SonntagsZeitung* in grossen Lettern.¹ Nicht ohne Unterton.

Damit hätte man längst ernstmachen sollen, lauten nun die Vorwürfe an die Schule. Die digitale Entwicklung sei schlicht verschlafen worden, heisst es; das räche sich jetzt. Schriill schallt darum das Schlagwort nach intensivierter, ja, radikaler Digitalisierung des Unterrichts durchs Land. Doch diesem reflexhaften Ruf nach der digitalen Schule ist eine pädagogische Reflektion entgegenzusetzen. Es gibt einen triftigen Grund, warum die Kinder nicht längst mit irgendeiner Lernsoftware alleine gelassen werden: weil wir, verkürzt gesagt, Menschen sind,² weil Lernen positive Beziehungen erfordert. Schule und Unterricht sind in vielem ein Resonanzprozess, ein Beziehungsgeschehen zwischen Menschen.³ Bildung entfaltet sich «in dichten Interaktionsprozessen (mit Menschen und Dingen)»⁴, analysiert der Soziologe Hartmut Rosa.



Ein Lehrer im Unterrichtsgespräch mit seinen Schülern. Lehrer und Schüler sind mit grosser Freude bei der Sache. Die Schüler lernen als Klassengemeinschaft. Lehrer und Schüler sind in Beziehung miteinander. Im Mittelpunkt steht das Lernen in der Sache. (Bild ew)

Der Mensch ist kein Robinson Crusoe

Es zählt darum zu den anthropologischen Grundkonstanten, dass der Mensch ein Gegenüber braucht, um sich selbst zu erkennen. Martin Buber, Pädagoge und Religionsphilosoph, hat diese Einsicht zu einer Kernaussage verdichtet: «Der Mensch wird am Du zum Ich.»⁵ Darum darf dieses Gegenüber nicht fehlen; auch das beste Digitalprogramm kann das menschliche Vis-à-Vis nicht ersetzen. Das zeigt sich auch in diesen Corona-Tagen mit dem Fernunterricht. Unzählige Kinder vermissen das Zusammensein mit den Klassenkameraden und ihrer Lehrperson; umgekehrt suchen viele Pädagogen den direkten und persönlichen Kontakt zu ihren Schülerinnen und Schülern.

Der Mensch ist eben keine Kaspar-Hauser-Figur, und nur ganz wenige taugen zum modernen Robinson Crusoe. Auf sich allein gestellt, verlieren sie sich in einer Welt ohne Halt und Orientierung. Menschen brauchen ein Du, um sich entwickeln zu können.

Wesentliches liegt im Zwischenmenschlichen

Viele Forschungen zeigen es, viele Expertisen bestätigen es: Von frühester Kindheit an gibt es zwei Bedürfnisse in uns Menschen; die beiden Grundanliegen ergänzen sich gegenseitig: Einerseits wollen wir uns sicher und geborgen fühlen, andererseits wollen wir Neues entdecken und erfahren. Für dieses Gefühl des Geborgenseins wie fürs Entdecken von Neuem aber braucht es Mitmenschen, denen wir vertrauen, die uns positiv verstärken und uns auch korrigieren. Das erleichtert und verstärkt das Lernen.

Diese resonanten Zuwendungen sind elementar – gerade bei jüngeren Kindern. Lehrkräfte müssen an die Heranwachsenden glauben, ihnen Beachtung schenken, sie ermutigen, sie anerkennen und ihnen vertrauen. Auch fördernde und korrektive Feedbacks spielen eine entscheidende Rolle; wer lernt, muss wissen, was oder wie man etwas besser machen könnte. Das alles sind Beziehungselemente. Sie liegen im Zwischenmensch-

lichen, im «Dazwischen», im Divergenten. Physische Präsenz und vitales Interesse am Kind intensivieren diese zwischenmenschlichen Prozesse.

Lernen ist kein Start-Ziel-Lauf

Die Digitalisierung aber geht davon aus, dass der Unterricht ein kontrollierbarer und damit planbarer Prozess sei – sozusagen ein linearer und konvergenter Start-Ziel-Lauf, präzise berechenbar und von Algorithmen gesteuert. Das Divergente kommt kaum vor. Darum bringen Kinder wenig Ausdauer auf, über längere Zeit einem digitalisierten Unterricht zu folgen. Sie langweilen sich bald einmal, weil keine Person wahrnehmbar ist und keine zwischenmenschliche Energie animiert. Es ist dieses «Dazwischen», das den jungen Menschen die unentbehrlichen analogen Resonanzverfahren vermittelt, betont der Arzt und Neurowissenschaftler Joachim Bauer.⁶

Im Unterricht muss darum eine Lehrperson spürbar sein und vital präsent. Sie ist mehr als ein «guide at the side».⁷ Sie muss da sein fürs Feedback, für einen humorvollen Witz, für Anerkennung und Anregung, für Widerstand und Widerrede. Schülerinnen und Schüler brauchen die verstehende Zuwendung ihrer Lehrerin; sie müssen sich vom Lehrer wahr- und ernstgenommen fühlen.

Der persönliche Kontakt ist unentbehrlich

Was bedeutet das für die jetzige Situation? Für die Notlage mit dem Fernunterricht, wenn die Kinder allein zu Hause lernen müssen? Es zeigt sich, wie wichtig der direkte menschliche Kontakt ist – und was mit der Präsenz der Lehrerinnen und Lehrern beim gemeinsamen Lernen im Klassenzimmer nun plötzlich fehlt. Viele Eltern versuchen das auszugleichen. Das gelingt nicht überall. Nicht alle Kinder haben die gleichen Chancen eines lernfreundlichen Elternhauses.

Baldige Rückkehr in den Resonanzraum des Schulzimmers

Die Notlage zeigt noch etwas: Pädagogik vor Technik müsste selbstverständlich sein. Das vergessen viele unkritische Digitalisierer und Promotoren einer virtuellen Lernwelt. Der Einsatz digitaler Medien ist für die Schülerinnen und Schüler meist unproblematisch. Was sie für ein gutes Lernen aber brauchen, ist ein engagiertes persönliches Gegenüber. Lernen braucht positive Beziehungen. Darum sind digitale Medien – vor allem in der Primarschule – ein Zusatz des Unterrichts von Person zu Person, betont der Psychologe und Psychotherapeut Allan Guggenbühl. Denn die menschliche Evolution ist nicht gleichzusetzen mit der technischen Revolution. Auch im Digitalzeitalter wird der Mensch am Menschen zum Menschen. Bald kehren die Primarschulkinder und ihre Lehrerinnen und Lehrer wieder in den Resonanzraum des Schulzimmers zurück. Das ist aus vielerlei Gründen begrüssenswert. •

Sorge für die Natur und ihre Geschöpfe

Zu Meredith Mays Roman «Der Honigbus»

dk. Der Roman* schildert die Geschichte von Meredith und ihrem Bruder Matthew. Nach der Scheidung der Eltern werden die beiden von ihrer Mutter völlig sich selbst überlassen. Diese verbringt nicht selten mehrere Tage mit Depressionen im Bett. Die beiden Geschwister finden ihren einzigen Halt bei ihrem

Grossvater, einem passionierten Imker, der sie in die faszinierende Welt der Honigbienen einführt. Er hält in Big Sur an der kalifornischen Küste mehrere Bienenstöcke. Der Honig wird von ihm in einem alten ausranigierten Bus aufbereitet.

Schon bald nach ihrer Ankunft bei den Grosseltern erfahren Meredith und Matthew, dass Bienen nur stechen, um ihr Zuhause zu verteidigen. Ein Bienenstock ist vergleichbar mit einem Schloss mit einer Königin, aber ohne König. «Alle arbeitenden Bienen sind weiblich; ungefähr sechzigtausend Töchter, die ihre Mutter füttern, ihr Wassertropfen bringen und sie nachts wärmen. Das Volk würde schrumpfen und sterben ohne die Königin, die Eier legt. Doch ohne ihre Töchter, die sich um sie kümmern, würde die Königin entweder verhungern oder erfrieren. Dass sie einander brauchen, macht sie stark.» Meredith lernt auch, dass Bienen nicht nur Honig produzieren, sondern durch die Bestäubung von Blüten auch dafür sorgen, dass Früchte, Nüsse und Gemüse wachsen: «Wenn die Bienen keinen Blütenstaub lieferten», erklärte Grandpa, «würden viele Dinge in der Obst- und Gemüseabteilung im Lebensmittelladen verschwinden. Ich würde meine geliebten Gurken und Brombeeren verlieren. Keine Kürbisse mehr an Halloween. Sommer ohne Wassermelonen. Die Kirschen in Grannys Manhattans – weg. Die Welt wäre fade und langweilig und blütenlos ohne Bienen», warnte er.»

Als Meredith eines Tages von ihrer Mutter sogar geschlagen wird, findet sie bei ihrem

Grossvater Trost: «Habe ich dir je von Pfadfinderbienen erzählt?», fragte mein Grossvater. «Wenn ihr Zuhause nicht mehr gut ist, suchen sie sich ein besseres. Verlier wegen deiner Mutter nicht den Mut. Du bist klug wie eine Pfadfinderbiene. Eines Tages wirst du deinen eigenen Weg finden.»

Meredith findet tatsächlich ihren Weg, besucht das College und wird schliesslich Journalistin beim «San Francisco Chronicle». Wie ihr Grossvater hält sie Bienen, führt andere Menschen in die Bienenhaltung ein und pflegt so das Vermächtnis ihres Grossvaters: «Als Grandpa mich gebeten hatte, mich um seine Bienen zu kümmern, meinte er damit nicht nur sein letztes Volk; er nahm mir das Versprechen ab, mich um alle Bienen zu kümmern, um die Natur, um alle Geschöpfe. Kurz gesagt, bat er mich, alles mit den Augen einer Bienenhalterin zu sehen, mit allem sanft umzugehen, auch mit den Dingen, die stechen können.» Gibt es etwas Schöneres, als seine Enkel so in ein erfülltes Leben einzuführen?

* May, Meredith. *Der Honigbus*, (S. Fischer) Frankfurt 2019

Meredith May ist Journalistin und Autorin. Sie lebt in der San Francisco Bay Area und schreibt für den «San Francisco Chronicle». Sie gewann den «PEN USA Literary Award for Journalism» und wurde für den Pulitzer-Preis nominiert. Ihr Buch «Der Honigbus» wurde in elf Sprachen übersetzt.



ISBN 978-3-10-397382-2

¹ Pastega, Nadja. «Beim Fernunterricht überzeugten nicht alle Lehrer»; in: *SonntagsZeitung* vom 12.4.2020, S. 8

² Kuchemann, Fridtjof. «Warum es so schwierig ist, ohne Lehrer zu lernen»; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20.3.2020

³ Beljan, Jens. *Schule als Resonanzraum und Entfremdungszone. Eine neue Perspektive auf Bildung*. Weinheim, Juventa Verlag 2019, S. 375

⁴ Rosa, Hartmut. *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin, Suhrkamp 2016, S. 403

⁵ vgl. Buber, Martin. *Ich und Du*. Gerlingen, Verlag Lambert Schneider 1997, 13. Aufl.

⁶ Bauer, Joachim. *Wie wir werden, wer wir sind. Die Entstehung des menschlichen Selbst durch Resonanz*. München, Karl Blessing Verlag 2019, S. 205

⁷ Terhart, Ewald. «Eine neo-existenzialistische Konzeption von Unterricht und Lehrerhandeln? Zu Gert Biestas Wiederentdeckung und Rehabilitation des Lehrens und des Lehrers»; in: *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik*, 94, 2018/3, S. 479

Quelle: *Journal21* vom 18.4.2020